

Bildungsvorstellungen griechischer Eltern

1. Einleitung

Das Ausbildungsproblem der griechischen Kinder steht seit über zehn Jahren im Mittelpunkt der Diskussion zwischen der griechischen Minorität, dem deutschen und dem griechischen Staat.

Die griechischen Eltern haben in dem Zeitraum zwischen 1974 und 1981 durch Demonstrationen, Hungerstreiks und ähnliche Aktionen das Ausbildungsproblem ihrer Kinder der deutschen und griechischen Öffentlichkeit bekannt gemacht.

In dem Zeitraum zwischen 1981 und 1985 hat die Gründung griechischer Privatschulen in der Bundesrepublik Diskussionsstoff geliefert und für Aufregung gesorgt.

Die Ausbildungsfrage der Kinder ist nicht nur die im Rahmen der griechischen Minderheit am meisten diskutierte, sondern auch die umstrittenste Frage, Sie ist so sehr strapaziert und ideologisch geladen, daß sie eine objektive und nüchterne Diskussion kaum zuläßt.

Der vorliegende Beitrag will versuchen, auf dieses vielfältige Problem Licht zu werfen. In seinem Mittelpunkt steht nicht die Frage nach der idealen Ein- und Beschulungsform der griechischen Kinder, sondern jene nach den Bildungsvorstellungen der Eltern, weil diese (die Bildungsvorstellungen) das Primäre sind. Die bildungspolitischen Forderungen sind lediglich von den Bildungsvorstellungen abgeleitet.

1. Bildungsvorstellungen und daraus resultierende Forderungen

Wie in der Einleitung angedeutet wurde, verfügen sowohl die in Griechenland als auch die in der Bundesrepublik lebenden griechischen Familien überein hohes Aspirationsniveau. Die hohen Bildungsvorstellungen der in der Bundesrepublik lebenden griechischen Eltern wurden in den letzten zwei Jahrzehnten durch mehrere Untersuchungen belegt, deren Hauptergebnisse an dieser Stelle kurz genannt seien.

GERSTENMAIER und HAMBURGER (1974, S. 280) haben bereits 1973 bei einer empirischen Untersuchung im Ballungsraum Mannheim/Ludwigshafen festgestellt, daß die griechischen Eltern höhere Bildungserwartungen als die anderen ausländischen Eltern aus den Anwerbeländern hatten und daß sie sich hauptsächlich an das heimatliche Schulsystem orientierten; «...die griechischen Eltern wollen ihre Kinder vor allem auf das Gymnasium in der Heimat schicken (73,3%), nur für 15,3 kommt ein Gymnasium in der Bundesrepublik infrage, eine Erwartung, die von immerhin fast 40% der italienischen Eltern geäußert wird».

Bei einer Untersuchung in der Stadt Köln im Schuljahr 1973/74 wurde festgestellt, daß 61,6% der griechischen Eltern das Abitur als Abschluß für ihre Kinder wünschen (s. RPK 1974, S. 118).

Auch SAVVIDIS (1975, Tabelle 30) fand bei seiner empirischen Untersuchung in den Städten München und Köln, daß 45 % der befragten griechischen Eltern ein Hochschulstudium für ihre Kinder anstreben.

In meiner eigenen Untersuchung (DAMANAKIS 1978, S. 197) habe ich ermittelt, daß 66,8% der befragten griechischen Eltern ihre Kinder in ein griechisches und 8% in ein deutsches Gymnasium schicken wollten. Eine Berufsschule in Griechenland kam nur bei 13,4 % und eine solche in der Bundesrepublik nur noch bei 6,4 % der Eltern in Frage, Hinzuzufügen ist, daß 89,6 % der befragten Eltern der Meinung waren, ihre Kinder sollten studieren, um später «gut» leben zu können. Dabei machten 81% keinen Unterschied zwischen Jungen und Mädchen.

Ähnlich sind die Untersuchungsergebnisse von HARDER (1980, S. 344); von ihren griechischen Befragten orientierten sich 50,7 % an eine akademische Ausbildung für ihre Kinder. Weitere 20% wollten, daß ihre Kinder das Abitur machen. Hierbei ist zu unterstreichen, daß zwei Drittel der Eltern einer griechischen Schulabschluß für ihre Kinder wünschten (ebenda S, 346).

Von den Befragten LICOURAS¹ (1981, S. 267) planten 80 % der Väter und 67 % der Mütter ein Hochschulstudium für ihre Söhne und 50% der Väter und 45 % der Mütter ebenfalls ein Hochschulstudium für ihre Töchter.

Zu erwähnen sind schließlich die Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung 80 (der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1981, S, 69), wonach die Griechen, die sich ein universitäres Studium für ihre Kinder wünschen, mit 26,2 % über den Durchschnitt (17,6 %) der ausländischen Befragten liegen. Zu betonen ist, daß nur 1,9 % der griechischen Befragten -im Gegensatz zu 14,6% der Türken, 14,3% der Portugiesen, 7,9% der Italiener, 6,7 % der Jugoslawen und 5.8 % der Spanier - der Meinung waren, ihre Kinder sollten schnell Geld verdienen.

Die zitierten Daten belegen eindeutig die hohen Bildungserwartungen der griechischen Eltern. Diese Daten lassen andererseits den Eindruck entstehen, die griechischen Eltern verbänden ihre hohen Bildungsvorstellungen hauptsächlich mit einem griechischen Schulabschluß und einem Studium an griechischen Hochschulen. Daß dies durchaus zutrifft, belegen folgende Daten:

Von den Befragten SAVVIDIS (1975, Tabelle 13) bevorzugten 83,5 % eine «griechische» Schule mit Deutsch als (Fremd-)Zweitsprache. Andererseits wollten 71,4% der Kinder und 89 % der Eltern ein griechisches und kein deutsches Gymnasium besuchen (ebenda Tabelle 18).

Auch die Befragten von HOTAMANIDIS (1974, S. 187) wollten zu 57% ihre Kinder in »eine rein griechische Schule« schicken, «in der die deutsche Sprache als Fremdsprache gelehrt wird". Weitere 18% wünschten einen zweisprachigen Unterricht für ihre Kinder.

In der von mir durchgeführten Untersuchung (DAMANAKIS 1978, S. 207) wurde festgestellt, daß 59,2% der griechischen Eltern griechische Klassen mit Deutsch als (Fremd-)Zweitsprache für ihre Kinder bevorzugten. Weitere 21,6 % wollten sogar reine griechische Klassen ohne Deutschunterricht.

Für die Bevorzugung einer griechischsprachigen Ausbildung sprechen auch die Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung 1980 (Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1981, S. 51), wonach 55,7 % der 15- bis 24jährigen griechischen Befragten, die national homogene Klassen besucht hatten, fünf Jahre und länger in diesen geblieben waren. Bei den anderen Nationalitäten variierte der Prozentsatz jener, die fünf Jahre und länger in nationalhomogenen Klassen geblieben waren, zwischen 8 und 28%.

Die unmittelbare und pädagogisch relevante Konsequenz dieser Bildungsvorstellungen der Eltern liegt darin, daß die Kinder diese Vorstellungen übernehmen und sich entsprechend verhalten. SAVVIDIS (1975, Tabelle 30) stellte fest, daß 45,7 % der Kinder - gegenüber 44,6 % ihrer Eltern - eine höhere Ausbildung wünschten. In meiner Untersuchung (DAMANAKIS 1978, S. 198) bin ich ebenfalls zu diesem Ergebnis gelangt. 86 % der griechischen Vorbereitungsklassenschüler (N = 277) wollten das Gymnasium in Griechenland besuchen. Zu einem deutschen Gymnasium wollten nur 18,8 % gehen. Die zweite Konsequenz ist bildungspolitisch er Natur. Die Eltern leiten aus ihren Bildungsvorstellungen konkrete bildungspolitische Forderungen ab, die sie kämpferisch durchzusetzen

¹ Die Dissertation von LIGOURAS wird in der verlierenden Arbeit mehrmals zitiert, weil sie mit unserer Thematik zusammenhängt. Da sie aber ernsthafte methodologische Schwächen aufweist, sind ihre Ergebnisse mit Vorbehalt zu betrachten.

versuchen. Die zentralen Forderungen, die sich an deutsche und griechische Schulbehörden richten, können folgend ermaßen zusammengefaßt werden:

- Die Kinder sollen für die gesamte Dauer der Schulpflicht in Klassen bzw. Schulen (Ersatzschulen) unterrichtet werden, in denen die Muttersprache die Unterrichtssprache für alle Leistungsfächer sein soll.
- Deutsch soll intensiv von deutschen Lehrern gelehrt werden.
- Die musisch-technischen Fächer sollen gemeinsam mit deutschen Kindern unterrichtet werden.
- Die Lehrinhalte müssen der Umwelt und den Bedürfnissen der Kinder angepasst werden, gleichzeitig aber so sein, daß sie eine eventuelle Reintegration in Griechenland erleichtern.
- Vorbereitung sowohl der griechischen als auch der deutschen Lehrer, die griechische Kinder unterrichten.
- Gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Zeugnisse und Abschlüsse von griechischer und deutscher Seite.
- Einrichtung von Lyzeen (in den Ballungszentren), in denen die Schüler das griechische Abitur machen können.

(s. hierzu auch DAMANAKIS 1978, S. 158 und 1982a, S. 58; TSIAKALOS 1979 und ZOGRAFOU 1982, S. 136 f.)

In bezug auf den Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht für die Schüler, die deutsche Regelklassen besuchen wollen, werden folgende Forderungen gestellt:

- Der Muttersprachliche Unterricht soll als versetzungsrelevantes Pflichtfach ins Vormittagsprogramm der Kinder integriert und in vollem Umfang - d.h. mindestens fünf Wochenstunden - erteilt werden,
- Mit dem Erstlesen und -schreiben soll bereits in der ersten Klasse begonnen werden.
- Damit die Einrichtung von Muttersprachlichen Kursen ermöglicht wird, sollen die griechischen Schüler in bestimmten Schulen (Schwerpunktschulen) eingeschult, d.h. nicht verstreut werden.
- Die Muttersprache soll als Fremdsprache für die deutschen und anstelle einer Fremdsprache für die griechischen Schüler anerkannt werden.

Es muß unterstrichen werden, daß die meisten griechischen Eltern diese Forderungen nicht nur konsequent vertreten, sondern darüber hinaus diese durch Demonstrationen, Schulstreiks und Hungerstreiks durchzusetzen versuchen. Diese konsequente und hartnäckige Haltung der griechischen Eltern dürfte inzwischen nicht nur den Fachkreisen, sondern teilweise auch der Öffentlichkeit bekannt sein,

Angesichts dieser Tatsache stellt sich natürlich die Frage nach den Motiven und Faktoren, die die Bildungsvorstellungen der Eltern und die daraus abgeleiteten Forderungen ausmachen.

- Liegt der bildungspolitischen Haltung der griechischen Eltern eine bestimmte Ideologie zugrunde?
- Werden die oben genannten Forderungen von allen Eltern geteilt?
- Gibt es Personen, Institutionen, Organisationen oder sonstige Faktoren, die die Meinungsbildung der griechischen Eltern entscheidend beeinflussen?

Die Beantwortung dieser Fragen erfordert eine ausführliche und differenzierte Analyse der bildungspolitischen Situation und der Ausbildungsprobleme der griechischen Kinder, die in den nächstfolgenden Gliederungspunkten erfolgen soll. *Dabei wird die Problematik hauptsächlich aus dem Standpunkt der griechischen Eltern, die sich für eine griechischsprachige Ausbildung einsetzen, her betrachtet.*

Vor dieser Analyse soll aber auf die konkreten Berufsvorstellungen der griechischen Eltern

und Kinder kurz eingegangen werden.

1.1 Konkrete Berufsvorstellungen

Wenn an dieser Stelle von konkreten Berufs Vorstellungen der Eltern die Rede ist, dann sind nicht die Berufs Vorstellungen der Eltern für sich selbst (s. hierzu HARDER 1980, S. 2S3f.), sondern jene für ihre Kinder gemeint.

Der stark ausgeprägte Wunsch der Griechen nach einer akademischen Ausbildung hat zur Folge, daß die akademischen Berufe im Vordergrund stehen. In einer im Jahre 1974 in Athen durchgeführten empirischen Untersuchung², die die Berufsvorstellungen der Eltern ermitteln sollte, wurde folgendes festgestellt: 74,7% der Befragten wollten eine akademische Ausbildung für ihre Kinder, wobei die Berufs Vorstellungen der Eltern unabhängig von ihrer Ausbildung sowie ihrem Beruf, Einkommen, Geschlecht, Alter und Herkunftsort (Stadt/Land] waren (s. MOUSTAKA/KASIMATI 1984, S. 50 und 75).

Als «gute Berufe» wurden von den Befragten an erster Stelle jene genannt, die im Polytechnikum {TH} gelernt werden; an zweiter Stelle stand der Beruf des Arztes und an dritter die Berufe des Wirtschaftswissenschaftlers, des Rechtsanwaltes und des Lehrers (Gymnasiallehrer]. Als «nicht gute» Berufe wurden jene bezeichnet, die mit einer manuellen Tätigkeit verbunden sind (ebenda S. 49, 60 und 64).

Über die konkreten Berufsvorstellungen der in der Bundesrepublik lebenden Griechen liegen zur Zeit keine differenzierten, wissenschaftlich abgesicherten Ergebnisse vor. Wir haben jedoch keinen Grund anzunehmen, daß die Berufsvorstellungen der in der Bundesrepublik lebenden griechischen Eltern, im Hinblick auf die akademischen Berufe, von jenen der in Griechenland lebenden Eltern wesentlich abweichen. Dies trifft vor allem für die Eltern zu, deren Kinder griechische Schulen bzw. Klassen besuchen und sich an ein Hochschulstudium im Herkunftsland orientieren (s. hierzu SAWIDIS 1975, Tabelle 30).

Von den nichtakademischen Berufen werden von den in der Bundesrepublik lebenden Eltern und Kindern jene bevorzugt, die mit einem beruflichen Vorwärtskommen, einer interessanten Tätigkeit und einem guten Verdienst verbunden sind und auch im Herkunftsland ausgeübt werden können (s. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1981, S. 79 sowie bibb 1980, S. 54).

Hervorzuheben ist, daß zwischen den Berufs wünschen bzw. Berufs Vorstellung en von Eltern und Kindern eine starke Übereinstimmung herrscht. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sehr oft Eltern und Verwandte die Rolle des Berufsberaters und Arbeitsvermittlers übernehmen (s. hierzu Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1981, S. 82 sowie bibb 1980, S. 55).

Die Übereinstimmung zwischen Berufswünschen von Eltern und Kindern - und zwar nicht nur bei Griechen, sondern auch bei Türken, Italienern und auch bei Deutschen -wurde auch in eine von mir durchgeführten empirischen Untersuchung im Ballungsraum Ludwigshafen³ bestätigt, deren für unsere Thematik relevanten Ergebnisse folgende sind:

² Befragt wurden 300 Personen, die in 84 Industriebetrieben in Athen Tätig waren Alle diese Personen (215 Männer und 85 Frauen) hatten Kinder, die im Vorschulalter bzw. in Ausbildung waren. Von den Befragten waren 44,6% ungelernete Arbeiter, 33% Facharbeiter und 22% übten eine nicht-manuelle Tätigkeit aus (s. MOUSTAKA/KASIMATI 1084, S- 42f).

³ Die Untersuchung bezog sich auf die sozialen Beziehungen sowie auf die Berufs- und Zukunftsorientierungen griechischer, italienischer der und türkischer Hauptschüler der Klassen 7, Sund 9 und wurde im Sommersemester 1980 durchgeführt. Ihre wichtigsten Ergebnisse sind in folgende Aufsätze eingegangen: DAMANAKIS 1962 b, 1982c und 1984.

Zwischen ausländischen (griechischen, italienischen und türkischen) und deutschen Hauptschülern bestanden im Hinblick auf ihre Berufswünsche zwei nennenswerte Unterschiede.

1. Im Gegensatz zu 0,7% (absolut ein Schüler) der Deutschen (N = 150) wollten knapp 20% der ausländischen Hauptschüler (N = 371: GR = 201, I = 74, TR = 96) einen akademischen Beruf erlernen.
2. Von den deutschen Befragten wollten 26,8% einen kaufmännischen und Büroberuf erlernen, während von den ausländischen nur 9,9% diesen Wunsch geäußert haben. Dieser zweite Unterschied ist sehr wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß 1. in den Herkunftsländern für solche Berufe in der Regel das Abitur Voraussetzung ist, 2. derartige Berufe den Eltern und Kindern fremd sind und daß 3. diese im Herkunftsland nicht ohne weiteres ausgeübt werden können.

Der größte Unterschied zwischen ausländischen und deutschen Schülern besteht aber in bezug auf die Orientierung an akademische Berufe. Während den deutschen Hauptschülern bewußt ist, daß man über die Hauptschule zu einem Hochschulstudium praktisch nicht gelangen kann, träumen die Ausländerkinder von einem Hochschulstudium. Diese Wunsch Vorstellungen der ausländischen Hauptschüler gehen einerseits auf mangelhafte Informationen über das deutsche Bildungssystem und andererseits auf den Ansporn ihrer Eltern zurück.

Der Vergleich der ausländischen Hauptschüler untereinander hat gezeigt, daß zwischen Griechen und den anderen beiden Gruppen (Italienern und Türken] zwei wesentliche Unterschiede bestanden:

1. Im Gegensatz zu 7,4 % der Italiener und 8,8 % der Türken orientierten sich über 30 % der Griechen an akademische Berufe (Hochschulstudium). Diese signifikante Differenz war nicht nur auf das hohe Aspirationsniveau griechischer Eltern und Kinder zurückzuführen, sondern auch auf den Besuch von griechischen Klassen. Die befragten griechischen Schüler besuchten nämlich zu 90% griechische Klassen. Der Besuch solcher Klassen in der Bundesrepublik wird in der Regel mit einem Hochschulstudium assoziiert. Diese Haltung der Schüler und Eltern wurde durch die Tatsache bekräftigt, daß in der Nachbarstadt Mannheim ein griechisches Lyzeum existierte, welches die Schüler nach der 9. Klasse besuchen durften.

Der 2. Unterschied bestand darin, daß im Gegensatz zu den italienischen und türkischen Hauptschülern ca. 20% der griechischen über keine konkreten Berufsvorstellungen verfügten. Darüber hinaus wußten 43 % der griechischen befragten Schüler nicht, welche konkreten Berufspläne ihre Eltern für sie hatten. Die entsprechenden Prozentsätze betragen bei den Italienern 20 und bei den Türken 18%.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die griechischen befragten Schüler mit ihren Eltern anscheinend am wenigsten über ihre konkrete berufliche Zukunft diskutierten. Diese Feststellung scheint dem hohen Aspirationsniveau der griechischen Eltern und Schüler zu widersprechen. Doch es ist nicht der Fall; dies hängt vielmehr damit zusammen, daß die anderen befragten Gruppen sich über die unmittelbare berufliche Zukunft konkrete Gedanken machten, während die Griechen sich an eine in der fernerer Zukunft liegende akademische Ausbildung orientierten. Die diesbezügliche griechische Denkweise manifestiert sich in dem Ausdruck: «Laß ihn/sie (gemeint ist der Sohn bzw. die Tochter) das Abitur machen, dann sehen wir». Daß eine derartige Haltung der Eltern unter Umständen zu einer schulischen und beruflichen Desorientierung der Kinder beitragen kann, ist offensichtlich; auf diese Problematik soll aber im Gliederungspunkt 3 eingegangen werden.

2. Einflußfaktoren

Wie am Ende des Gliederungspunktes 1 bereits angedeutet wurde (s. die dortige Fragestellung), werden die Bildungsvorstellungen der griechischen Eltern sowie ihre bildungspolitischen Forderungen von vielen Faktoren direkt bzw. indirekt beeinflusst. Diese Einflußfaktoren lassen sich in vier Gruppen einordnen.

Die erste Faktorengruppe (2.1) besteht aus Einstellungen und Orientierungen der griechischen Eltern, wobei natürlich diese Einstellungen und Orientierungen ihrerseits durch weitere Faktoren bedingt sind.

Die zweite Gruppe (2.2) bezieht sich auf wirtschaftliche, sozial- und bildungspolitische Strukturen der Aufnahmegesellschaft.

Die dritte Gruppe (2.3) bezieht sich auf die im Aufnahmeland lebende griechische Minorität als organisierte Gruppe,

Die vierte Gruppe (2.4) schließlich besteht aus strukturellen Faktoren, die sich aber nicht auf das Aufnahme-, sondern auf das Herkunftsland beziehen.

Bevor auf die Analyse diese Faktoren bzw. Faktorengruppen eingegangen wird, ist zu unterstreichen, daß die griechische Elternschaft im Hinblick auf ihre Bildungsvorstellungen einheitlich sein mag; im Hinblick auf ihre bildungspolitischen Forderungen und die Ein- und Beschulungsform der Kinder ist es allerdings nicht der Fall. Man muß mindestens nach zwei Elterngruppen differenzieren: Jene Elterngruppe (sie macht die Mehrheit der Eltern aus), die eine griechischsprachige Ausbildung in griechischen Klassen bzw. Schulen verlangt und diese, die die deutschen Regelklassen bevorzugt. Auf diese Problematik wird unter dem Gliederungspunkt 2.3 eingegangen; sie wird aber gelegentlich auch in den anderen Gliederungspunkten mitbehandelt.

2.1 Einstellungsfaktoren

2.1.1 Akademiker- und Unternehmersyndrom

Das Phänomen der hohen Bildungserwartungen aller Griechen wird in Griechenland als «Bildungshunger» bezeichnet. Zur Erklärung dieses Phänomens werden zwei Kategorien von Gründen genannt: Zu einem die griechische Kulturtradition und zum anderen die wirtschaftliche und sozialpolitische Struktur der neugriechischen Gesellschaft. Abgesehen davon, welche der beiden Erklärungsrichtungen zutreffender sei, ist es eine Tatsache, daß das Phänomen als solches sowohl bei den in Griechenland als auch bei den in Deutschland lebenden griechischen Eltern vorkommt. Da aber die Lebensverhältnisse im Herkunftsland und die Migrationsverhältnisse im Aufnahmeland völlig verschieden sind, dürfte es zwischen den beiden Elterngruppen gewisse Unterschiede geben.

Ein Unterschied besteht in der Argumentationsweise beider Elterngruppen, wenn es um die Begründung ihrer akademisch orientierten Bildungsvorstellungen geht. Die in Griechenland lebenden Bauern- und Arbeitereltern brauchen ihre Bildungsvorstellungen nicht zu begründen. Sie betrachten eine akademische Ausbildung als das natürliche Recht ihrer Kinder. Inwieweit dieses natürliche Recht tatsächlich realisiert wird, ist eine andere Frage, worauf an dieser Stelle nicht eingegangen wird.

Die in der Bundesrepublik lebenden griechischen Arbeitereltern brauchen zwar ihre Bildungs- und Berufs Vorstellungen im einzelnen nicht zu begründen, sie müssen aber ihre Forderungen nach einer griechisch-sprachigen Ausbildung ihrer Kinder und einer Einrichtung von griechischen Klassen bzw. Schulen vor allem den deutschen Behörden gegenüber überzeugend begründen.

Der wahre Grund für die Einrichtung derartiger Klassen oder Schulen liegt in der

leichteren Realisierung der akademisch ausgerichteten Vorstellungen von Eltern und Kindern und zwar nicht nur, weil der Unterricht in der Muttersprache erfolgt, sondern auch weil die Leistungsforderungen der in der Bundesrepublik existierenden griechischen Schulen niedriger als jene der Schulen in Griechenland und der deutschen Schulen sind. Dieser Grund kann verständlicherweise den deutschen Schulbehörden nicht vorgetragen werden. Die am häufigsten genannten Argumente sind jene der «Beibehaltung der kulturellen Identität» und der «Rückkehrabsicht» (s. die nächstfolgenden zwei Gliederungspunkte). Beide Argumente erwecken den Eindruck einer übermäßigen Orientierung an die Herkunftskultur und Gesellschaft,

Andererseits erklären die griechischen Eltern oft ihr hohes Aspirationsniveau auf dem Hintergrund der griechischen Kulturtradition. Damit bekräftigen sie aber den Eindruck, als seien sie ethnozentrisch oder gar «nationalistisch» eingestellt, was keinesfalls zutrifft, wie die nächstfolgenden Gliederungspunkte zeigen.

Obwohl es keine vergleichende Untersuchung im Hinblick auf die Bildungsvorstellungen der in Griechenland und der in der Bundesrepublik lebenden Eltern gibt, lassen vereinzelte Beobachtungen und Erfahrungen die Annahme zu, die Bildungsvorstellungen der letzten und vor allem ihre Bereitschaft, diese mit jedem Mittel zu realisieren, seien höher. Hierbei könnten folgende Gründe eine entscheidende Rolle spielen;

1. Die in der Bundesrepublik lebenden griechischen Eltern haben den Prozeß des letzten Jahrzehnts, der in Griechenland eine gewisse Wende zugunsten der Berufsausbildung in mittleren und höheren Berufsschulen sowie eine Aufwertung der mit einer manuellen Tätigkeit verbundenen Berufe herbeigeführt hat, nicht miterlebt.
2. Sie beharren - wie in der Regel alle Auswanderer - auf die von der Heimat mitgebrachten Werte und Normen und somit auch auf ihre Bildungsvorstellungen, die nicht selten in hohem Maße idealisiert sind.
3. Sie wollen ihre derzeitigen finanzieller Möglichkeiten, die sie im Herkunftsland nicht hatten, ausnutzen, um ihren Kindern eine möglichst hohe Bildung zu bieten.
4. Aufgrund ihrer Auswanderungsziele stehen sie unter Erfolgszwang (s. 2.1.3).
5. Ihre akademisch- ausgerichteten Vorstellungen und die damit verbundenen bildungspolitischen Forderungen werden von bestimmten Personen und Organisationen gezielt und systematisch gefördert (s. 2.3].
6. Der griechische Staat selbst gibt den Bildungserwartungen der griechischen Migranten Nahrung, indem er für ihre Kinder günstige Sondermaßnahmen ergreift (s. 2.4.2).

Die übermäßige Orientierung der griechischen Eltern an eine akademische Ausbildung heißt nicht, daß sie im Falle einer Nichtrealisierung dieses Zieles, keine Alternativlösung für ihre Kinder hätten. Eine Alternative zu dem «Akademikertum» stellt das «Unternehmertum» dar. Eine Lösung besteht natürlich auch in der Ausübung einer gelernten oder ungelernten manuellen Tätigkeit, die allerdings keine Alternative zum «Akademiker und Unternehmertum» darstellt.

Die akademische und unternehmerische Orientierung der Griechen sowohl im Herkunfts- als auch im Aufnahmeland ist hauptsächlich auf ihre Abneigung gegen manuelle Tätigkeiten und ihren stark ausgeprägten Wunsch nach Unabhängig-sein zurückzuführen. "Keinen über dem eigenen Kopf haben", so heißt die Parole unter den Griechen⁴. Der Stellenwert der einzelnen Berufe hängt davon ab, ob sie die eine und/oder andere Voraussetzung erfüllen sowie von den jeweiligen Verdienstmöglichkeiten.

Man kann davon ausgehen, daß bei den Griechen der Unternehmergeist gleich stark wie der

⁴ In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass ca. 50% der griechischen aktiven Bevölkerung selbständig sind

Akademikergeist ausgeprägt ist. Daß die in der Bundesrepublik lebenden griechischen Arbeitnehmer über einen stark ausgeprägten Geschäftssinn verfügen, manifestiert sich z.B. darin, daß sie zur Zeit im Gastronomiebereich eine entscheidende, wenn nicht eine führende Rolle spielen.

Die Kleinhändlerhaltung, die die griechischen Migranten kennzeichnet, beeinflusst entscheidend die Berufswahl sowie die Sozialisation der Kinder überhaupt. Der Einfluß auf die Berufswahl liegt darin, daß die Kinder oft solche Berufe bevorzugen, die eine freiberufliche Tätigkeit zulassen. Der freipraktizierende Arzt und der KfZ-Mechaniker mit eigener Werkstatt sind Ziel Vorstellungen vieler Migrantenkinder und -eitern. Andererseits wird eine Berufsausbildung nicht für notwendig gehalten, solange Eltern und Kinder sich an eine Kleinhändler-tätigkeit orientieren.

Die Kleinhändlerhaltung der griechischen wie auch der anderen Migranten weist aber auch einen wichtigen sozialen Aspekt auf. Sie ist nämlich mit einer kleinbürgerlichen Orientierung der Migranten verbunden, die sie daran hindert, ihres Arbeiterstatus bewußt zu werden und ihre Interessen mit den Interessen der Arbeiterklassen im Aufnahme- und Herkunftsland zu identifizieren.

Diese kleinbürgerliche Orientierung der Eltern wirkt sich auf den Sozialisationsprozeß der Kinder aus, weil die Kinder diese und damit Verhaltensmuster übernehmen, die ihrem sozialen Status fremd sind. Die ausländischen Heranwachsenden kompensieren oft ihre Probleme als Gastarbeiterkinder dadurch, daß sie die Lösung dieser Probleme auf die fernere Zukunft im Herkunftsland verlagern, wo sie, nach einer Rückkehr, mit Hilfe der Ersparnisse der Eltern eine bürgerliche Existenz aufbauen würden.

Die bürgerliche Haltung der griechischen Migranten, die wir an dieser Stelle durch den Terminus «Akademiker- und Unternehmersyndrom» zum Ausdruck zu bringen versucht haben, ist natürlich nicht illegitim. Sie kann aber für die Sozialisation der Kinder problematisch werden, falls sie den Blick für die Realität verdeckt und mit Ansprüchen verbunden ist, die nicht realisiert werden und u.U. zu einem Anomieverhalten führen können (s. zu Anomieverhalten WILPERT 1980).

Die Gefahr der Nichtrealisierung der akademisch ausgerichteten Bildungsansprüche der griechischen Kinder ist, nach Auffassung ihrer Eltern, vor allem dann groß, wenn sie deutsche Kegelklassen besuchen. Sie ist dagegen wesentlich geringer, wenn sie eine griechischsprachige Ausbildung genießen; deswegen fordern die Eltern die Einrichtung griechischer Klassen bzw. Schulen.

2.1.2 Die Angst vor der Entfremdung

Die Forderung der griechischen Eltern nach griechischsprachiger Ausbildung könnte aber auch in ihrer Angst vor einer kulturellen Entfremdung ihrer Kinder liegen. In meiner eigenen Untersuchung (DAMANAKIS 1978, S. 207) habe ich festgestellt, daß die Bevorzugung einer griechischsprachigen Ausbildung und die ablehnende Haltung der Eltern gegenüber der deutschen Schule u.a. auch auf die Angst vor einer Entfremdung zurückzuführen war. Auf die Frage, ob die deutsche Schule ihren schulischen Erwartungen entspräche, antworteten 12,4% der Eltern mit «ja», 35,5% mit «zum Teil», 38% mit «nein» und 14% machten keine Angaben.

Die schulischen Erwartungen der griechischen Eltern waren nicht nur lernmäßiger, sondern auch erzieherischer und national-kultureller Natur, wobei den zwei letzten Erwartungskategorien die deutsche Schule nicht entsprach. Die Analyse des empirischen Materials hat gezeigt, daß der Grad der Entsprechung der deutschen Schule zu den Erwartungen der Eltern in einem signifikanten Zusammenhang mit dem Informationsgrad

der Eltern stand. Neben dem Informationsmangel über die deutsche Schule und der Diskrepanz zwischen schulischen Erwartungen der Eltern und Zielen der deutschen Schule bedingen auch der unsichere provisorische Status in der BRD und die Chancenungleichheit der Kinder die ablehnende Haltung der Eltern gegenüber der deutschen Schule. Die Angst vor der Entfremdung ist also nur ein Teil eines Faktorenbündels, welches die kritische Haltung der griechischen Eltern der deutschen Schule gegenüber bedingt.

LIGOURAS (1981, S. 269 f.) Befragte meinten zu 90 %, daß ihre Kinder beim Besuch einer deutschen Schule keine Gefahr liefen, ihre kulturelle Identität zu verlieren. Sie begründeten ihre Angabe dadurch, daß einerseits der Kontakt zu Griechenland kontinuierlich sei, und daß andererseits die kulturelle Identität in und von der Familie geprägt wird.

Aus den wenigen vorliegenden Daten können wir also mit Vorsicht schließen, daß die Angst der Eltern vor einer kulturellen Entfremdung ihrer Kinder, ihre bildungspolitischen Forderungen und ihre Haltung der deutschen Schule gegenüber nur geringfügig beeinflusst.

2.1.3 Auswanderungsziele

Weitere Gründe für die bildungspolitischen Forderungen der griechischen Eltern sind in ihren Auswanderungszielen zu suchen. Hauptziel ihrer Auswanderung war, in einer gewissen Zeit soviel Geld wie möglich zu sparen, um für sich selbst und für ihre Kinder eine bessere Existenz im Herkunftsland aufbauen zu können.

Die meisten griechischen Auswanderer halten an diesem Ziel immer noch fest, so daß der Rückkehrwunsch bei den Griechen stärker als bei den anderen Nationalitäten ausgeprägt ist. Auch die Rückkehrquote lag eine Zeitlang höher als bei den anderen Nationalitäten, wenn man von den Spaniern absieht, deren Rückkehrquote ebenso hoch war. So lebten z.B. 1979 296800 Griechen in Deutschland, während es 1975 390500 waren (vergl. Statistisches Bundesamt: Statistische Jahrbücher 1976-1980), d.h. daß in diesem Zeitraum die Zahl der Griechen um 24% zurückgegangen ist. Interessant in diesem Zusammenhang ist allerdings die Feststellung, daß die Zahl der griechischen Schülerin demselben Zeitraum nur um 2,3 % von 51048 auf 49868 zurückgegangen ist.

Angesichts der Tatsache aber, daß seit Beginn der achtziger Jahre die Zahl der Griechen überhaupt bei 300 000 und die Zahl der griechischen Schüler bei 50000 (im Schuljahr 1983/ 84 besuchten 48134 griechische Schüler allgemein bildende Schulen in Deutschland) sich stabilisiert haben, sowie der Feststellung, daß zur Zeit ca. drei Viertel der Griechen über zehn Jahre in der Bundesrepublik leben, stellt sich die Frage, ob das Rückkehrargument ernst zu nehmen sei.

Trotz des Widerspruchs zwischen Aufenthaltsdauer und Rückgang der Rückkehrquoten auf der einen und dem proklamierten Rückkehrwunsch auf der anderen Seite berufen sich die Eltern auf ihre Rückkehrabsicht und verfangen für ihre Kinder eine griechische Ausbildung, damit sie sich an die Schule und Gesellschaft des Heimatlandes ohne große Schwierigkeiten anpassen können. Ihre Argumentation in Bezug auf die Rückkehr ins Heimatland bereichern sie noch dadurch, daß sie auf die Ausländerpolitik der Bundesregierung und der Länderregierungen hinweisen, wonach die Bundesrepublik kein «Einwanderungsland» sei und somit ihnen und ihren Kindern keinen Daueraufenthalt gewährleistet. D.h., es kann jeden Moment der Tag kommen, an dem sie-ob sie es wollen oder nicht - gehen müssen. Von daher muß der Weg der Reintegration für die Kinder offen gehalten werden, was wiederum nur durch eine griechischsprachige Ausbildung gewährleistet werden kann.

Im oben genannten Auswanderungsziel ist außer der Rückkehrabsicht eine Erfolgsabsicht impliziert. Dieser Erfolg ist im Hinblick auf die Eltern finanzieller Natur; bezogen auf die Kinder manifestiert er sich dagegen an einer guten Ausbildung. D.h., der Migrationsprozeß

ist dann erfolgreich verlaufen, wenn parallel zu dem finanziellen Erfolg der Eltern die Kinder einen bildungs- und berufsmäßigen Erfolg aufweisen können.

2.2 Strukturelle Faktoren im Aufnahmeland

2.2.1 Mißglückte Integration

Die Kardinalfrage lautet nun, ob das deutsche Schulsystem den griechischen - und überhaupt allen - Migrantenkindern zu einem derartigen Erfolg verhelfen kann oder nicht. Die Integrationsverfechter unter den Griechen (d.h. jene, die für eine Einschulung der Kinder in deutsche Regelklassen plädieren) bejahen diese Frage, heben aber zugleich die Notwendigkeit einer Sonder/Ordnung der Migrantenkinder hervor, die vor allem die ungleichen Starrvoraussetzungen kompensieren soll.

Die eindeutige Mehrheit der griechischen Eltern meint dagegen, daß ihre Kinder im deutschen Schulsystem kaum eine Erfolgchance haben. Zur Fundierung dieser These werden sowohl ideologische als auch sachliche Argumente geliefert⁵.

Die ideologische Argumentation läuft darauf hinaus, daß das deutsche Schulsystem auf eine Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ausgerichtet sei. Seine dreigliedrige Struktur (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) entspräche der Schichtungsstruktur (Unterschicht, Mittelschicht, Oberschicht) der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Von dem frühen Selektionsprozeß seien die Arbeiterkinder und von diesen wiederum die «Gastarbeiterkinder» am härtesten betroffen, da sie aufgrund ungleicher Startvoraussetzungen und ihrer sozialen Herkunft kaum eine Chance haben, den Sprung in die höheren Schulen und Hochschulen zu schaffen. Die Folge dieses Selektionsprozesses sei, daß die Arbeiterkinder und vor allem die «Gastarbeiterkinder» der Hauptschule zugewiesen und von dort mit oder ohne Schulabschluß in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Diese schweren Vorwürfe werden durch statistische Daten eindeutig belegt. Einen Überblick über den Anteil der «Gastarbeiterkinder» an deutschen Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen liefert *Tabelle 1*. Daraus geht hervor, daß die ausländischen Schüler in den Gymnasien und Realschulen unterrepräsentiert sind.

Tabelle 1: Anteil der ausländischen Schüler an der Gesamtzahl der Schüler in: Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen

Schuljahr	Gymnasium	Realschule	Hauptschule
1976/77	1,5 % (0,54)	1,3 % (0,80)	-
1979/80	1,7 % (0,70)	1,7 % (1,20)	8,1 %
1982/83	2,3 % (1,26)	2,9 % (1,98)	13,1 %

Quelle: KMK-Statistik, Nr. 64 Oktober 1983 (eigene Berechnung)

Die in Klammern gesetzten Zahlen drücken den Anteil der Schüler aus den Anwerbeländern aus. Daraus geht hervor, daß es irreführend wäre, vom Prozentsatz ausländischer Realschüler und Gymnasiasten überhaupt zu reden, denn bei einer Differenzierung nach «Gastarbeiterkindern» und sonstigen Ausländerkindern stellt man fest, daß die Hälfte der ausländischen Realschüler und Gymnasiasten keine «

⁵ Es versteht sich, daß diese Argumente nicht vom eingehen griechischen Arbeiter, sondern von den Partei- und Vereinsfunktionären sowie den Wissenschaftlern geliefert werden.

Gastarbeiterkinder» sind.

Aus den «Statistischen Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz» (Nr. 84 Okt. 1983) ist zu entnehmen, daß im Schuljahr 1982/83 79,5 % der Schüler aus den Anwerbeländern Hauptschulen, 11% Realschulen und 9,5% Gymnasien besuchten.

Über den Schulerfolg der Schüler aus den Anwerbeländern wird in den Statistiken der Kultusministerkonferenz nicht berichtet. Auch die Länderstatistiken geben keine genaue differenzierte Übersicht darüber. Folgende Daten reichen jedoch aus, um einen Eindruck zu vermitteln: Aus der statistischen Übersicht Nr. 137 und 161 des Nordrhein-Westfälischen Kultusministeriums ist zu entnehmen, daß im Schuljahr 1981/82 39,4 % und im Schuljahr 1983/84 33,4 % der ausländischen Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluß verlassen haben. Im Schuljahr 1978/79 betrug der Prozentsatz der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß in Bayern 46,6 % (tip, Sonderheft 1980). In einer vom Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführten Repräsentativuntersuchung über «Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland» wurde festgestellt, daß 45 % der von 2533 befragten Jugendlichen keinen Schulabschluß erreicht hatten (bibb 1980, S. 67). Nach der Repräsentativuntersuchung 1980 (s. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1981, S. 61) hatten 45,8 % der ausländischen 15- bis 24jährigen Jugendlichen, die deutsche Regelklassen besucht hatten, keinen Schulabschluß erreicht - bei den Griechen waren es 38,7 %.

Zwangsläufige Folge der miserablen Situation in den allgemeinbildenden Schulen ist eine katastrophale Berufsausbildung. «Nur 44,4% der ausländischen Jugendlichen, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Schule besucht haben, befinden sich in einer Ausbildung oder haben eine Ausbildung abgeschlossen» (ebenda S. 73). Die Griechen liegen mit 56,3 % über dem Durchschnitt. Zählt man die Jugendlichen hinzu, die in der Bundesrepublik keine Schule besucht haben, reduziert sich der Prozentsatz von 44,4 auf 21,8%.

Eine begonnene Ausbildung ist allerdings mit einer abgeschlossenen nicht gleich zu setzen. Von den Befragten des Bundesinstitutes für Berufsbildung, die eine Berufsausbildung begonnen hatten, haben 20% aus Sprach- und sonstigen Schwierigkeiten die Ausbildung abgebrochen (bibb 1980, S. 4).

Die katastrophale Berufsausbildung ausländischer jugendlicher wird auch durch ein Gutachten belegt, welches der Nordrhein-Westfälische Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Auftrag gegeben hat. Laut Ergebnissen des Gutachtens hatten nur 11,5% der ausländischen Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren (9,5% der Mädchen und 13,0% der Jungen) einen Ausbildungsplatz. «Dafür ist der Anteil arbeitsloser jugendlicher bei Ausländern außerordentlich hoch. Weil sich nur ein geringer Teil von ihnen bei den Arbeitsämtern meldet (etwa jeder Fünfte), muß ihre Zahl geschätzt werden. Aufgrund von Hochrechnungen kommt das Gutachten zu einem Prozentsatz von 48 Prozent der entsprechenden Altersgruppe, die arbeitslos ist» (Neue Deutsche Schule 12/ 13 1984, S. 25). Aufschlußreich ist auch die Verteilung der ausländischen Jugendlichen auf die einzelnen Ausbildungsberufe. Hier sei das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden bei einigen Berufen genannt: Bergleute 7:1, Maschinenschlosser 48: 1, Friseur 16 : 1 und Bankfachleute 125 ; 1 (ebenda),

Die bisher genannten Daten belegen eindeutig die Unfähigkeit des deutschen Schulsystems, die ausländischen Kinder lernmäßig zu integrieren. Angesichts dieser miserablen Schulsituation und der beinahe Chancenlosigkeit der Ausländerkinder ist die kritische oder gar ablehnende Haltung vieler ausländischer Arbeitnehmer dem deutschen Schulsystem gegenüber berechtigt. Von den griechischen Befragten HARDERS (1980, S. 3611 meinten

294 (bzw. 70%), daß ihre Kinder bessere Bildungschancen in Griechenland hätten. Die restlichen 124 Befragten (30%) meinten dagegen, daß ihre Kinder in der Bundesrepublik bessere Chancen bekämen und zwar, weil das deutsche Schulsystem besser als das griechische sei.

Die Integrationsunfähigkeit des deutschen Schulsystems geht mit einer Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit des deutschen Gesellschaftssystems, die ausländischen Familien aufzunehmen und ihnen eine langfristige Lebensperspektive zu eröffnen, einher. Die griechischen sowie die anderen ausländischen Arbeitnehmer haben während der letzten zwei Jahrzehnte wiederholt die Erfahrung gemacht, daß ihre berufliche Zukunft und damit auch ihr Aufenthalt in Deutschland vom Industriebedarf abhängt. Der unsichere «Gastarbeiterstatus», die restriktive Ausländerpolitik des letzten Jahrzehnts und die (immer latent vorhandene oder herbeigeführte?, s. TSIKALOS 1983) Ausländerfeindlichkeit sind Faktoren, die die Einstellung der Ausländer zur deutschen Schule und Gesellschaft prägen.

Die Griechen sind zwar seit 1981 (EG-Beitritt Griechenlands) von den restriktiven ausländerpolitischen Maßnahmen nicht mehr unmittelbar betroffen, doch diese beunruhigen auch sie in hohem Maße. Dies geht aus einer Stellungnahme des «Verbandes Griechischer Gemeinden» vom 9. Juli 1983 zum Bericht der Bund-Länder-Kommission "Ausländerpolitik« vom 24.2.1983 eindeutig hervor. In dieser Stellungnahme, die auch dem Bundesinnenministerium und dem Kanzleramt zugeschickt wurde, heißt es u.a.: «Wir Griechen sind zwar - wegen unserer EG-Zugehörigkeit - von der zu erwartenden Novellierung des Ausländergesetzes formal nicht existenziell betroffen, in Wirklichkeit haben wir doch mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie die anderen Ausländer.

(...) Uns beunruhigt daher in hohem Maße der Gedanke, daß die derzeitigen Empfehlungen der Kommission morgige Praxis sein werden und daher unser Ausländerstatus - als Menschen zweiter Klasse - verfestigt, ja sogar verschlechtert wird».

Das Problem bei den Griechen ist nicht, daß sie integrationsunfähig sind, sondern daß sie an die Abnahmebereitschaft der deutschen Seite nicht glauben. Nicht die mangelhafte Integrationsbereitschaft der Griechen, sondern die bisher mißglückten Integrationsmaßnahmen des Abnahmelandes sind einer der Gründe, weswegen ein erheblicher Teil der Eltern nicht ohne weiteres bereit ist, seine Kinder dem deutschen Schulsystem anzuvertrauen.

2.3 Die organisierte Minorität als Einflußfaktor

Die griechische Minorität weist einen hohen Organisationsgrad auf. Die verschiedenen Vereine und Verbände sind autonom und scheinen von einander unabhängig zu sein. In Wirklichkeit bestehen zwischen ihnen Querverbindungen, die nicht selten ideologischer und politischer Natur sind; dies trifft vor allem für jene Vereine und Verbände zu, die sich mit sozial- und bildungspolitischen Fragen befassen. Diese Organisationen sind politisiert, gewerkschaftlich orientiert und stellen oft den politischen Rahmen dar, innerhalb dessen auch parteipolitische Machtkämpfe ausgetragen werden.

Gerade in bezug auf die Ausbildungsfrage der griechischen Migrantenkinder spielt die Parteipolitik eine entscheidende Rolle. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß das Ausbildungsproblem von den Organisationen als ein sozial- und bildungspolitisches und weniger als pädagogisches Problem erfaßt wird, und daher als solches gelöst werden soll, sondern auch mit seiner politischen Vorgeschichte. Während der griechischen Militärdiktatur (1967-1974) wurde nämlich die Ausbildungsfrage der griechischen

Migrantenkinder von den Obristen stark politisiert und ideologisch mißbraucht. Nach dem Sturz der Militärdiktatur (1974) und der Herstellung der parlamentarischen Demokratie in Griechenland haben die griechischen Parteien zu dieser heiklen politischen Frage Stellung bezogen und im Laufe der Zeit eigene bildungspolitische Thesen entwickelt. Diese Thesen, die je nach parteipolitischer Konstellation der jeweiligen Vorstände auch Thesen der Vereine sind bzw, von diesen bekämpft werden, sollen im nächstfolgenden Gliederungspunkt geklärt werden. Zuvor muß jedoch ein wichtiger Punkt klargestellt werden. Einzelne Personen können keinen entscheidenden bildungspolitischen Einfluß auf die bildungspolitischen Forderungen der griechischen Eltern nehmen, es sei denn, sie arbeiten mit den dafür zuständigen Organisationen zusammen oder aber sie sind innerhalb der griechischen diplomatischen Vertretungen mit dieser Aufgabe beauftragt. Auch die Einflußnahme der einzelnen Lehrer ist sehr eingeschränkt, vor allem wenn sie eine andere Auffassung als jene ihrer gewählten Gewerkschaftsorgane (Lehrerverein) vertreten. Aus diesem Grund beziehen sich die folgenden Darstellungen nur auf Organisationen und Institutionen. Zur Vermeidung von eventuellen Mißverständnissen wird weiterhin unterstrichen, daß die verschiedenen in der Bundesrepublik existierenden griechischen Organisationen weder offiziell noch inoffiziell Parteiorganisationen sind. Es handelt sich also nicht um Tarnorganisationen der griechischen Parteien, sondern um Organisationen, die tatsächlich zur Realisierung ihrer satzungsmäßigen Ziele arbeiten.

2.3.1 Parteien

Die für die eine oder andere griechische Partei aktiv täligen Personen fungieren im gesellschaftlichen Leben der Minorität nicht in ihrer Eigenschaft als Parteifunktionäre. Sie sind vielmehr in den verschiedenen Vereinen und Verbänden aktiv tätig und versuchen diese im Sinne ihrer Parteideologie und -politik zu beeinflussen. Es ist daher notwendig, bevor auf die einzelnen Vereine und ihre bildungspolitischen Forderungen eingegangen wird, die in der Bundesrepublik vertretenen griechischen Parteien und ihre bildungspolitischen Thesen vorzustellen. Dabei wird sich auf jene Parteien beschränkt, die bei der Ausbildungsfrage der griechischen Kinder eine gewisse Rolle spielen; diese sind: die sozialistische Partei PASOK (seit Oktober 1981 Regierungspartei), die rechts-konservative Partei «NEUE DEMOKRATIE», die kommunistische Partei Griechenland? KKE und die eurokommunistische Partei KKE-INLAND. Diese Parteien sind seit 1985 alle im griechischen Parlament vertreten; sie haben in den Wahlen vom 18.10.1981 und 2.6.1985 folgende Stimmen und Mandate erhalten (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2

	Stimmen		Mandate	
	1981	1985	1981	1985
1. Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK)	48,05	45,82	172	161
2. Neue Demokratie (ND)	35,86	40,85	115	126
3. Kommunistische Partei Griechenlands (KKE)	10,92	9,89	13	12
4. KKE-INLAND	1,37	1,84	-	1

(Vgl. über die griechischen Parteien: KATSOUHLIS, J. 1978; SAKKATOS 1982, S. 122 ff und Südosteuropa-Handbuch, Band III, S. 88-104)

PA.SO.K = PANellinio SOzialistiko Kinima

Die seit Oktober 1981 regierende sozialistische Partei wurde nach dem Sturz der Diktatur 1974 von dem derzeitigen Minister- und Parteipräsidenten Andreas Papandreou gegründet. Sie setzte sich ursprünglich aus dem linken Flügel der Zentrumsunion (diese Partei existiert

nicht mehr) und aus Politikern zusammen, die während der Militärdiktatur Widerstandskämpfer waren

Die PASOK versteht sich als eine sozialistische Partei, die die Interessen der «nicht-privilegierten» Griechen vertritt. Sie rekrutiert ihre Wähler fast aus allen Schichten, vor allem aber aus den kleinen Beamtengruppen, Angestellten, Bauern und Kleinunternehmern. Im politischen Leben der in der Bundesrepublik lebenden griechischen Minorität spielt die Partei eine entscheidende Rolle, da sie die meisten griechischen Gemeinden und Elternvereine kontrolliert. Im bezug auf die Ausbildungsfrage der griechischen Kinder vertritt die Partei ähnliche Thesen wie die meisten Elternvereine, nämlich die Einrichtung von griechischen Schulen bzw. Klassen, deren Träger beide Seiten (die griechische und die deutsche) sein sollen.

Daß die Bildungspolitik der PASOK mit jener der Elternvereine übereinstimmt, hängt hauptsächlich damit zusammen, daß die neugegründete Partei, nicht zuletzt aus parteipolitischen Überlegungen, die bildungspolitischen Forderungen der Mehrheit der Eltern übernommen hat.

Ihre Bildungspolitik begründet und legitimiert die Partei eher pragmatisch als ideologisch, wobei der schulische und berufliche Mißerfolg der griechischen Migrantenkinder, die Rückwanderungspolitik der Partei und die Gefahr eines Identitätsverlustes als Hauptargumente vorgetragen werden.

Die PASOK stellt fest, daß die Gastarbeiterkinder in dem schichtspezifischen dreigliedrigen deutschen Schulsystem keine Erfolgchancen haben. Sie werden in den Hauptschulen konzentriert und werden zu Arbeitern gemacht, die ihre Eltern eines Tages ablösen sollen. Die PASOK fühlt sich verpflichtet, die griechischen Kinder aus dieser Bildungssackgasse hinauszuführen; dabei hält sie die Einrichtung von griechischen Schulen für den besten Ausweg. Andererseits will die Regierungspartei PASOK die griechischen Auswanderer «so schnell wie möglich» nach Griechenland zurückholen. Eine soziokulturelle Integration der Kinder unter einem eventuellen Verlust ihrer eigenen kulturellen Identität würde aber den Rückkehrprozeß erheblich erschweren und darüber hinaus zu Persönlichkeitsstörungen führen. Inwieweit die Regierungspartei PASOK ihr Versprechen hinsichtlich der Einrichtung griechischer Schulen einzulösen vermag, ist eine Frage, die in den Punkten 2.3.2 und 2.3.5 mitbehandelt werden soll (s. zur PASOK auch: DAMANAKIS 1982a, S. 67 sowie ZOGRAFOU 1982, S. 169ff.).

N.D = Nea Demokratia

Die rechtskonservative Partei «Neue Demokratie» wurde zwar 1974 von Konstantinos KAKAMANLIS gegründet, ist aber in Wirklichkeit die Nachfolgepartei der National-Radikalen-Union (gegründet ebenfalls von KARAMANLIS) und der vorher bestehenden hellenistischen Sammlungsbewegung. Sie bewegt sich z. Teil noch im Rahmen der «gräco christlichen» Ideologie und stellt die Partei des "Großbürgertums" dar.

Sie rekrutiert ihre Wähler hauptsächlich aus den ökonomisch-privilegierten Kreisen-, aber auch aus den Beamtengruppen, den Kleinunternehmern und nicht zuletzt aus den konservativen Bauernschaftskreisen, die in den Klientelsystemen der Parteipolitiker integriert sind. Die Neue Demokratie hat als Partei bisher keine klare Position zu der Ausbildungsfrage der griechischen Migrantenkinder bezogen. Als Regierungspartei (1974-1981) hat sie eine Politik des «sowohl als auch» verfolgt! D. h. je nach Position der deutschen Schulbehörden hat sie sich mit der Einrichtung von griechischen Schulen bzw. Klassen oder aber mit der Ein- und Beschulung der Kinder in deutsche Regelklassen einverstanden erklärt. Aus der Erklärung des neudemokratischen Kultusministers am 21.11.1979 an einer

Tagung in der evangelischen Akademie Rheinland-Westfalen in Mülheim a. d. Ruhr geht hervor, daß die damalige neudemokratische Regierung ein bilinguales Ausbildungsprogramm für die richtige Losung des Ausbildungsproblems der griechischen Kinder hielt, welches folgendes anstrebte:

- a) «eine wirksame Unterrichtung beider Sprachen»;
- b) die gemeinsame Unterrichtung von deutschen und griechischen Kindern in bestimmten Fächern (musisch -technischen Fächern) und
- c) «Sicherstellung der Möglichkeit der erfolgreichen Integration sowohl in die deutschen Regelklassen (...), als auch in das griechische Erziehungssystem» (VARVITSIOTIS, S. 78).

Die meisten Anhänger der Neuen Demokratie setzen sich für eine «hationale» Ausbildung und für die Einrichtung von griechischen Schulen ein, wobei sie hauptsächlich aus dem Standpunkt der graeco-christlichen Ideologie her argumentieren. Ihnen geht es um die Beibehaltung der graeco-christlichen Kultur und Identität, die natürlich nur durch eine griechischsprachige Ausbildung gewährleistet werden kann. Andererseits meinen sie auch, daß ein schulischer Erfolg ihrer Kinder eher in den griechischen als in der deutschen Schulen möglich sei.

KKE = Kommunistiko Komma Ellados und KKE-INLAND

Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR wurde Anlaß zur Spaltung der kommunistischen Partei Griechenlands, die seit 1920 existiert und von 1947 bis 1974 verboten war. Die Spaltung hat zur Folge gehabt, daß seit 1974 (Wiederzulassung der KKE) zwei kommunistische Parteien existieren: die KKE-INLAND (Eurokommunisten) und die KKE (orthodoxe Kommunisten),

Die Eurokommunisten (KKE-INLAND) sind seit 1985 im griechischen Parlament auch vertreten, sie spielen allerdings im politischen Leben des Landes keine entscheidende Rolle. Sie haben vor allem während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zur Meinungsbildung der griechischen Eltern in der Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag geleistet und zur Gründung vieler Eltern vereine beigetragen. Die Thesen der Partei zur Ausbildungsfrage der griechischen Kinder unterscheiden sich kaum von jenen der PASOK und der Elternvereine. Der einzige nennenswerte Unterschied liegt darin, daß die Eurokommunisten die Einrichtung von griechischen Klassen - nicht Schulen - fordern, die in den deutschen Schulen eingegliedert, d.h. vom deutschen Staat getragen werden sollen. Sie begründen ihre Thesen aus dem Standpunkt der Gleichwertigkeit der Kulturen her (s. PROWLIMATISMI 2/83, S. 10ff.).

Im Gegensatz zu der sozialistischen Partei (PASOK), der Neuen Demokratie und den Eurokommunisten, die sich für eine griechischsprachige Ausbildung - einsetzen, plädieren die orthodoxen Kommunisten (KKE) für die Integration der griechischen Kinder in das deutsche Schulsystem, Die kommunistische Partei Griechenlands «betrachtet sich als die Partei der Arbeiterklasse als deren bewußten Teil» (Südosteuropa Handbuch, Band III, S. 99). Sie fühlt sich daher berufen, sich für die Interessen der griechischen Arbeiter und Arbeiterkinder im kapitalistischen Land Bundesrepublik einzusetzen.

Das besondere bei den orthodoxen Kommunisten ist, daß sie ihren Einsatz für die griechischen Migranten und ihre Kinder streng ideologisch begründen, wobei das Prinzip der "Internationalen Arbeitersolidarität» den ideologischen Rahmen darstellt. Ähnlich wie die anderen linksorientierten Parteien stellt die KKE fest, daß die Gastarbeiterkinder im kapitalistischen westdeutschen Gesellschaftssystem keine Bildungs- und Aufstiegschancen haben. Dies gilt aber nicht nur für die Gastarbeiterkinder, sondern auch für die deutschen Arbeiterkinder; deutsche und ausländische Arbeiter und Arbeiterkinder

sollen also als Angehörige derselben Klasse gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.

Segregierte Klassen für die Ausländerkinder spalten die Arbeiterklasse, gemeinsame Beschulung von deutschen und ausländischen Arbeiterkindern stärkt dagegen die Internationale Arbeitersolidarität». Andererseits werden die ohnehin wenigen Bildungschancen der griechischen Arbeiterkinder durch die Beschulung in segregierte Klassen noch mehr vermindert. Chancengleichheit «kann erreicht werden nur, wenn die Migrantenkinder in allen Ausbildungsstufen dieselben Schulen wie die Kinder der deutschen Arbeitnehmer besuchen» (PROWLIMATISMI 1/84, S. 6; s. auch DAMANAKIS 1982a, S. 67 sowie ZOGRAFOU 1982, S. 169ff.).

Die ideologisch geprägte Argumentation der orthodoxen Kommunisten findet bei der überwältigenden Mehrheit der griechischen Eltern kein Echo, weil sie -wie bereits unter Gliederungspunkt 2.1.1 hervorgehoben wurde - über kein Klassenbewußtsein verfügen und sich nach bürgerlichen Mustern orientieren.

Der Einsatz der kommunistischen Partei für die Einschulung in die deutsche Regelklassen ist unmittelbar mit der Forderung nach Erlernung der Muttersprache verbunden. Im Hinblick auf diesen letzten Punkt, nämlich Erlernung der Muttersprache, findet sich die kommunistische Partei mit den anderen Parteien, Eltern- und Lehrervereinen sowie Gemeinden und griechischen Behörden in Übereinstimmung. Man kann davon ausgehen, daß alle griechischen Behörden, Organisationen und Personen sich für die Erteilung des Muttersprachigen Ergänzungsunterrichts und damit für die Beibehaltung der griechischen Identität einsetzen.

Die Einigkeit in diesem Punkt wird allerdings von der kontroversen Diskussion hinsichtlich der Einschulungsform ständig überschattet.

Zum Schluß dieses Punktes möchte ich davor warnen, Personen je nach bildungspolitischer Auffassung der einen oder anderen Partei zuzuordnen. Selbst in der kommunistischen Partei (KKE), die sehr straff organisiert ist und strenge Disziplin von ihren Mitgliedern verlangt, herrscht keine völlige Übereinstimmung in bezug auf die Einschulungsform der griechischen Kinder in der Bundesrepublik.

2.3.2 Elternvereine

Die Darstellung der bildungspolitischen Auffassungen der Parteien war nötig, weil die Anhänger und Funktionäre der Parteien sich unter anderem in den Eltern vereinen betätigen, und diese in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen. Das Interesse der Parteien für die Elternvereine ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Vereine inzwischen einen politischen Machtfaktor darstellen.

Daß z. B. zur Zeit die bildungspolitischen Forderungen der Verbände der Elternvereine mit jenen der sozialistischen Partei (PASOK) übereinstimmen, ist darauf zurückzuführen, daß die PASOK-Anhänger in den Vereinen und Verbänden eindeutig die Oberhand gewonnen haben. Die meisten Elternvereine sind erst nach dem Sturz der Militärdiktatur (1974) entstanden. Zuvor wurde die bildungspolitische Szene von jenen fachistoiden Kräften beherrscht, die in dem sogenannten «Verband der Griechen in Deutschland» organisiert waren und als verlängerter Arm der Putschisten fungierten.

Die Eltern vereine, die in der Regel von fortschrittlichen Kräften begründet wurden, sind mit der Absicht eingetreten, zur Lösung des Ausbildungsproblems der griechischen Kinder beizutragen. Sie waren ursprünglich parteineutral und suchten ständig die Kooperation mit deutschen und griechischen Schulbehörden. Obwohl von vornherein in den Elternvereinen die Verfechter der griechischen Klassen bzw. Schulen die Mehrheit darstellten, waren in den Vereinen auch solche Personen organisiert, die sich für eine Einschulung der Kinder in

deutsche Kegelklassen einsetzen bzw. für eine pluralistische Ein- und Beschulungslösung plädierten. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat aber ein Prozeß stattgefunden, der dazu geführt hat, daß seit Anfang der achtziger Jahre die Elternvereine fast nur aus Verfechtern der griechischen Klassen bzw. der griechischen Schulen bestehen,

Die Hauptcharakteristika dieses Prozesses könnten folgendermaßen zusammengefaßt werden;

- Konfrontation anstatt Kooperation der Elternvereine mit den deutschen Schulbehörden, wobei die letzteren durch ihre ignorierende bzw. ablehnende Haltung dazu beigetragen haben, daß die harten Verfechter der «nationalen Klassen bzw. Schulen» die dominierende Personen in den Elternvereinen und -verbänden wurden.
- Da die Integrationsverfechter immer in der Minderheit waren und kaum eine Möglichkeit hatten, ihre Auffassungen durchzusetzen bzw. sich in den Vorständen wählen zu lassen⁶, sind sie im Laufe der Zeit von den Vereinen ausgetreten. Sieht man von wenigen Ausnahmen ab (z.B. Frankfurt), so sind zur Zeit die Integrationsverfechter nicht organisiert (s. hierzu auch ZOGRAFOU 1982, S. 189ff.).
- Das entscheidende Ereignis in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre ist aber die Politisierung der Elternvereine und die Verflechtung ihrer Interessen mit den Parteiinteressen gewesen.

Im Rahmen dieser Politisierung ist es zu einer schar/en Konfrontation zwischen Elternvereinen und ihren Verbänden auf der einen und dem Vorstand des «Verbandes Griechischer Gemeinden» (s. 2.3.4) auf der anderen Seite gekommen. Der Grund lag darin, daß der Vorstand des «Verbandes Griechischer Gemeinden», der sich in seiner Mehrheit bis Februar 1982 aus Anhängern der kommunistischen Partei (KKE) zusammensetzte, in einem Kongreß am 25. Februar 1979 in Frankfurt für die Integration der griechischen Kinder ins deutsche Schulsystem entschieden hat (s. auch PANAJOTIDIS 1980 und ZOGRAFOU 1982, S. 193).

- Kooperation mit den Lehrervereinen, die seit Anfang der achtziger Jahre in der Ausbildungsfrage der griechischen Kinder eine gewisse Rolle spielt.

Die Elternvereine scheinen zur Zeit sich in einer kritischen Lage zu befinden. Sie haben jahrelang die Einrichtung von griechischen Klassen bzw. Schulen gefordert; manche fanatische Funktionäre haben sogar nach «reinen Nationalschulen» verlangt, in denen die deutsche Sprache lediglich als Fremdsprache gelernt werden sollte. Im Oktober 1981 ist die sozialistische Partei (PASOK), die versprochen hatte, griechische Schulen einzurichten, an die Macht gekommen. Die PASOK-Regierung hat versucht, dieses Versprechen einzulösen, ist aber auf einen starken Widerstand der deutschen Seite gestoßen, die nicht bereit war, derartige Schulen bzw. Klassen mitzutragen. Eine Ausnahme stellt der Freistaat Bayern dar, wo es bereits griechische Schulen gab.

Manche Länderregierungen (z.B. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) haben aber der griechischen Regierung erlaubt, griechische Schulen (Ergänzungsschulen) einzurichten, für die sie die volle finanzielle, pädagogische und verwaltungsmäßige Verantwortung tragen soll (s. Gliederungspunkt 2.3.5).

Die griechische Regierung hat unter dem Druck der Eltern, vor allem in Nordrhein-Westfalen, sogenannte Ergänzungsschulen eingerichtet. Die Funktionäre haben also auf einmal ihre reinen griechischen Schulen bekommen. Doch gerade an diesem Punkt setzt die Skepsis vieler Eltern an. Sie sind sich nicht sicher, ob dieses segregierende Schulmodell das

⁶ Da in den Elternvereinen die Mehrheitswahl als Wahlverfahren gilt, haben Minderheiten kaum einen Zugang zu den Vorständen.

Richtige für ihre Kinder sei. Auf der anderen Seite meinen sie aber nach wie vor, daß ihre Kinder in den deutschen Kegelklassen kaum eine Erfolgchance haben. Damit befinden sie sich stärker als je in einer Sackgasse.

Bemerkenswert ist, daß der Verband der griechischen Elternvereine in Nordrhein-Westfalen, nach etwa zweijähriger Erfahrung mit diesem segregierten Beschulungsmodell, am Ende des Schuljahres 1983/84 sich gegen die Einrichtung von weiteren Ergänzungsschulen entschieden hat mit der Begründung, daß die Eltern und ihre gewählten Organe die Einrichtung von Ersatzschulen, in denen auch ein gemeinsamer Unterricht von deutschen und griechischen Schülern vorgesehen war, und keine segregierten Ergänzungsschulen gefordert haben.

Inwieweit diese Entscheidung des Verbandes einen Wendepunkt in seiner Bildungspolitik darstellt, ist schwer zu beurteilen. Manche Eltern scheinen aber inzwischen erkannt zu haben, daß sie in ihrem bildungspolitischen Eifer den Fehler der Idealisierung *des* heimatlichen Bildungssystems begangen haben, was wiederum zur Folge hatte, daß die Gefahren, die mit der Verpflanzung des griechischen Schulsystems auf die Bundesrepublik zusammenhängen, übersehen wurden.

2.3.3 *Lehrervereine*

Ähnlich wie die griechischen Eltern sind auch die meisten der in der Bundesrepublik tätigen griechischen Lehrer im jeweiligen Bundesland in eigenen Vereinen organisiert. Hauptziel der Vereine ist, die Interessen der Mitglieder gegenüber deutschen und griechischen Institutionen zu vertreten, darüber hinaus aber auch für die Lösung der Bildungsprobleme der griechischen Kinder zu arbeiten, in Bezug auf die Bildungsfrage der Kinder identifizieren sich die Lehrervereine überwiegend mit den Thesen der Elternvereine und versuchen diese pädagogisch zu untermauern. Den bildungspolitischen Auffassungen der griechischen Lehrer mögen sozialpolitische, pädagogische und «nationale» Motive zugrunde liegen; ein wesentlicher Grund jedoch, weswegen sie sich für die Einrichtung griechischer Klassen bzw. Schulen einsetzen, liegt darin, daß sie dadurch ihren Arbeitsplatz abzusichern versuchen. Der bildungspolitische Einfluß der Lehrervereine auf die Eltern ist nicht zu unterschätzen, da die Eltern sich in ihren bildungspolitischen Forderungen von den griechischen «Pädagogen» bestätigt fühlen.

Im Zusammenhang mit den bildungspolitischen Auffassungen der griechischen Lehrer muß eine kleine Lehrergruppe hervorgehoben werden, die sich mit den Auffassungen der griechischen Lehrervereine überhaupt nicht *bzw.* nur teilweise identifiziert. Es handelt sich um jene Lehrer, die keine griechischen Beamte sind, nur von deutscher Seite besoldet werden und in den Vorbereitungsklassen bzw. Muttersprachlichen Kursen unterrichten. Diese Lehrer haben nicht zuletzt wegen ihrer langjährigen Erfahrungen im deutschen Schulsystem erkannt, daß die von den Eltern und Lehrervereinen geforderten griechischen Schulen zu einer Sackgasse führen können; deswegen unterstützen sie in der Regel derartige Bemühungen nicht. Sie bekämpfen sie aber auch nicht - wenigstens nicht offen -, da sie zahlenmäßig eine kleine und nicht für sich organisierte Gruppe sind und anscheinend auch, weil sie keine Chance sehen, in den verschiedenen griechischen Organisationen ihre bildungspolitischen Auffassungen voranzutreiben.

2.3.4 *Gemeinden*

Die ersten griechischen Gemeinden wurden bereits während der ersten Auswanderungsjahre von den griechischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik gegründet. Bereits 1965

schlossen sie sich in einem Verband zusammen, so daß ein Organ gewählt werden konnte, welches die Interessen der Griechen auf Bundesebene vertreten und die Aktivitäten der einzelnen Gemeinden koordinieren sollte. Der «Verband Griechischer Gemeinden» in Westdeutschland und Westberlin zählte Anfang 1984 etwa 110 Gemeinden mit ca. 50000 organisierten Mitgliedern. Die rasche Organisierung der griechischen Arbeitnehmer in Gemeinden und der Zusammenschluß der Gemeinden in einen Verband ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Gründung griechischer Gemeinden im Ausland eine jahrhundertalte Tradition ist, worauf an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

Die zentralen Ziele der Gemeinden sind:

- A Vertretung jeglicher Interessen aller Griechen und
- B Förderung der soziokulturellen Beziehungen zwischen Griechen und Deutschen sowie Griechen und anderen Ausländern

Von ihren Zielsetzungen her treten sie mit dem Anspruch auf, die Dachorganisation, d.h. der offizielle Sprecher, aller Griechen zu sein. Dieser Anspruch wird von den anderen Organisationen zwar nicht voll akzeptiert, aber auch nicht grundsätzlich infrage gestellt, da die Institution «Gemeinde» (nicht Kirchengemeinde) aus geschichtlichen Gründen im Bewußtsein der Griechen einen hohen Stellenwert genießt. Die bildungspolitischen Aktivitäten der Gemeinden sind seit der Gründung der Elternvereine erheblich zurückgegangen. Die bildungspolitischen Thesen der Gemeinden und vor allem des Verbandes griechischer Gemeinden (OEK) sind aber gewichtig wegen des hohen Stellenwertes, den sie in den Augen der Griechen genießen. Aus diesem Grund waren die Reaktionen der Elternvereine auf den bereits erwähnten Beschluß des «Verbandes Griechischer Gemeinden» in einem Kongreß am 25. Februar 1979 in Frankfurt sehr scharf (s. PANAJOTIDIS 1980 und ZOGRAFOU 1982, S. 193).

Dieser Beschluß, der für die Integration der Kinder in das deutsche Schulsystem plädierte und zur Mobilisierung der Verfechter der griechischen Schulen beigetragen hat, scheint für die Anhang der kommunistischen Partei (KKE) zum Verhängnis geworden zu sein. Sie haben zwei Jahre später ihre Mehrheit im Vorstand des Verbandes verloren, so daß seither die bildungspolitischen Thesen des Vorstandes genau auf die entgegengesetzte Richtung nämlich: Einrichtung von griechischen Schulen - ausgerichtet sind (s. PROWLIMATISMI 2/83, S. 5ff.).

2.3 5 Griechische Schulbehörden

Die griechischen Schulbehörden sind in der Bundesrepublik gut vertreten. Außer der Zentrale in der griechischen Botschaft in Bonn, unter deren Aufsicht die Ausbildung aller griechischen Kinder in allen westeuropäischen Ländern steht, existieren zur Zeit Erziehungsabteilungen in den griechischen Generalkonsulaten von München, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf und Hannover.

Die in diesen Erziehungsabteilungen tätigen Personen sind als Staatsbeamte verpflichtet, die Bildungspolitik der jeweiligen griechischen Regierung zu realisieren. Das hat zur Folge, daß diese Beamte nicht selten von den politischen Oppositionskräften angegriffen werden. Vor allem während der Regierungszeit der Neuen Demokratie (1974-1981) waren die Erziehungsabteilungen Zielscheiben der Oppositionskräfte: KKE und PASOK.

Die Erziehungsabteilung von Bonn hat in den Jahren 1976 und 1980 (s. hierzu DAMANAKIS 1978, S. 162 und 1982a, S. 77 sowie KARA]ANIPIS, in DAMANAKIS/REICH 1982, S. 49) versucht, ein bilinguales Schulmodell durchzusetzen. Sie ist aber mit diesem Modell nicht nur auf Widerstand der deutschen Seite, sondern auch jene von KKE und PASOK gestoßen.

Die Anhänger der kommunistischen Partei haben dieses Beschulungsmodell bekämpft, weil sie gegen jede Segregation und für die Integration der griechischen Schüler ins deutsche Schulsystem sind.

Die PASOK-Anhänger haben das Modell aus parteipolitischen Gründen abgelehnt und als Alternative die Gründung griechischer Schulen, die hauptsächlich von deutscher Seite finanziert werden sollten, gefordert. Mit dieser Forderung, die bei der Mehrheit der Eltern ein gutes Echo gefunden hat, sind sie im Herbst 1981 zum Wahlkampf gezogen.

Nach dem Regierungswechsel, Oktober 1981, sah sich die PASOK-Regierung verpflichtet!, ihre Wahlversprechen einzulösen. Da aber - wie unter 2.3.2 bereits erwähnt - die deutsche Seite nicht bereit war, griechische Schulen bzw. Klassen mitzutragen, stand die Regierung vor dem Dilemma, entweder die momentane Situation zu akzeptieren oder aber zur Einrichtung reiner griechischer Schulen, sogenannten Ergänzungsschulen, überzugehen. Da sie unter dem Elterndruck aber auch jenem ihres eigenen Wahlversprechens stand, hat sie sich, wenn auch zögernd, für die zweite Lösung entschieden.

Das Ausmaß der neuen Bildungspolitik der griechischen Schulbehörden in der Bundesrepublik soll am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel der griechischen Schüler lebt, skizziert werden. Bis Oktober 1981 existierte nur eine voll ausgebaute, d.h. von der ersten Volksschulklasse bis zur letzten (12. Klasse) Lyzeumsklasse (s. *Abb. 1*) griechische Ergänzungsschule in Wuppertal. Am Anfang des Schuljahres 1984/85 existierten vier voll ausgebaute Schulen und zwar in: Wuppertal, Bielefeld, Dortmund und Düsseldorf. In absehbarer Zeit sollte Köln folgen. Darüber hinaus existierten ein Gymnasium (Klassen 7-9) und drei Lyzeen (Klassen 10-12).

Da diese Schulen von deutscher Seite nicht getragen werden, sind die erworbenen Schulabschlüsse mit den deutschen nicht gleichwertig. Darüber hinaus sind die Schüler nicht versichert und haben keinen Anspruch auf Fahrgelder und Lehrmittel⁷.

Diese Tatsache im Zusammenhang mit der totalen Abkapselung der Schüler aus ihrer natürlich soziokulturellen Umwelt sowie der enormen finanziellen Last, die der griechische Staat zu tragen hat, haben den griechischen Kultusminister während seines Besuchs; im Mai 1983 in Deutschland dazu veranlaßt, diese griechischen Privatschulen (Ergänzungsschulen) als eine «Notlösung», ja sogar als eine «Lösung der Verzweiflung» zu bezeichnen. (Interview am 29.5.83 im Bayerischen Rundfunk, veröffentlicht auch in: PROWLIMATISMI 1/S3, S. 54 ff.). Damit wollte er anscheinend ein Signal setzen und die Eltern sowie seine in der Bundesrepublik tätigen Erziehungsräte vor einer Fehlentwicklung indirekt warnen. Dieses Signal scheint aber nur von sehr wenigen Eltern wahrgenommen worden zu sein. Dazu zählt auch die Mehrheit des Vorstandes des Verbandes griechischer Elternvereine in Nordrhein-Westfalen (s. 2.3.2). Allerdings ist es unklar, ob die Skepsis des Vorstandes gegenüber den Ergänzungsschulen von der Basis sowie den griechischen

⁷ Die griechischen Eltern, die beiden deutschen Schulbehörden einen Antrag auf

Ausnahmegenehmigung (d.h. Befreiung der Kinder von der deutschen Schule, damit sie die Griechische besuchen dürfen) stellen, werden von den deutschen Schulbehörden durch ein Merkblatt informiert, in dem u.a. steht: «Besucht ihr Kind dagegen eine griechische Privatschule

- erhält es keinen deutschen Schulabschluß,
- kann es nur unter großen Schwierigkeiten auf eine deutsche Schule überwechseln
- kann es nur nach Ablegen von zusätzlichen Prüfungen eine deutsche Hochschule besuchen
- wird ein von der griechischen Privatschule gefordertes Schulgeld nicht erstattet
- besteht kein Anspruch auf kostenlose Überlassung von Schulbüchern
- werden Fahrtkosten nicht erstattet (s. auch 3).

Darüber hinaus sollen die Eltern in ihrem Antrag auf Ausnahmegenehmigung u.a. angeben, wann das Kind voraussichtlich nach Griechenland zurückkehren wird.

Erziehungsräten geteilt wird. Die Tatsache, daß die griechischen Schulen -vor allem in Nordrhein-Westfalen - von Jahr zu Jahr mehr zu wachsen, zeugt für eine anhaltende bildungspolitische Euphorie bei Eltern und Erziehungsräten. Manche übereifrige Erziehungsräte mobilisieren sogar die Eltern und versuchen auch dort griechische Schulen einzurichten, wo sie aufgrund der niedrigen Schülerzahl keine Überlebenschancen haben.

Die Konzentration der Bemühungen der griechischen Schulbehörden auf griechischsprachige Ausbildung steht zur Zeit in Übereinstimmung mit den bildungspolitischen Forderungen der maßgebenden griechischen Organisationen. Die Behörden sind somit ein Bestandteil einer bildungspolitischen Front, die in einem bisher unbekanntem Tempo und Ausmaß den Ghettoisierungsprozeß der griechischen Kinder forciert.

2.3.6 Griechisch-Orthodoxe Kirche

Die Griechisch-Orthodoxe Kirche ist, nebenher katholischen und der evangelischen, die dritte offiziell anerkannte christliche Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund ihres Rechtsstatus (Körperschaft des Öffentlichen Rechts) darf sie u.a. Kirchensteuer einziehen (von diesem Recht hat sie bis heute nicht Gebrauch gemacht), Bekenntnisschulen gründen und den griechisch-orthodoxen Religionsunterricht regeln.

Die Aktivitäten der Kirche konzentrieren sich hauptsächlich auf die Befriedigung primärer Religionsbedürfnisse der Gläubigen sowie auf die Seelsorge und den karitativen Bereich. In bezug auf die Ausbildungstrage der griechischen Kinder verfolgt die Griechisch-Orthodoxe Metropole eine eigenartige Politik. Sie vermeidet es, hierzu offiziell Stellung zu beziehen⁸ und mit den griechischen Organisationen zusammenzuarbeiten; sie versucht aber auf der anderen Seite mit den Kultusministern der Länder Vereinbarungen über den griechisch-orthodoxen Religionsunterricht zu treffen, die ihr ein Mitspracherecht gewährleisten.

Als Beispiel sei an dieser Stelle die Vereinbarung zwischen dem Metropoliten und dem Kultusminister von Nordrhein-Westfalen genannt. Aus dem vom Metropoliten und dem Kultusminister unterzeichneten Protokoll vom 3. Juli 1985 ist zu ersehen, daß sie «darin Übereinstimmung erzielt haben, daß mit Beginn des Schuljahres 1985/86 im Lande Nordrhein-Westfalen schrittweise der griechisch-orthodoxe Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach eingeführt wird. Grundlage ist der Runderlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.6.1985».

Laut Protokoll soll eine Expertenkommission mit der Entwicklung eines Lehrplans beauftragt werden, deren Mitglieder «im Einvernehmen mit der Griechisch-Orthodoxen Kirche von Deutschland berufen werden».

Der oben genannte RdErl. vom 28.6.1985 (II A 2.31-20/4-1778/84) führt den griechisch-orthodoxen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ein «Die förmliche Bevollmächtigung der Lehrer (die diesen Unterricht erteilen M. Ü.) gemäß §32 Abs. 2 Satz 2 SchOG⁹ erfolgt durch die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland» (RdErl. v. 28.6.85, §2). Durch die Vereinbarung zwischen dem Kultusminister und dem Metropoliten wurde, neben der Erziehungsabteilung in der Griechischen Botschaft in Bonn, eine zweite Instanz geschaffen, die über die Ausbildung der griechischen Kinder entscheiden darf. Dies

⁸ Sie hat sich nie offiziell für oder gegen die Einrichtung von griechischen Schulen in der BRD geäußert. Sie begnügt sich in der Regel damit, auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der nationalen, kulturellen und religiösen Identität hinzuweisen (s. KATSANAKIS 1985, S. 80).

⁹ Der §32 Abs. 2 Satz. 2 SchOG bezieht sich auf die sog «Missio canonica»

stellt eine Entwicklung dar, über die das griechische Erziehungsministerium keinesfalls glücklich sein kann. Auch die griechischen Eltern -und ihre Kollektivorgane- sind mit dieser Entwicklung nicht einverstanden, weil sie befürchten, der Religionsunterricht könnte sich zum Konkurrenten des Muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts, bzw. zum Ersatz zu diesem, entwickeln¹⁰.

Die Ersetzung des Muttersprachlichen Unterrichts durch den Religionsunterricht würde die Eltern sicherlich nicht so sehr stören, würde der zweite in griechischer Sprache erteilt. Aus dem Schreiben des Schulamtes Düsseldorf vom 17.2.1986 (Aufsichtsbezirk III 40/2) an die Leitungen aller Grund-, Haupt- und Sonderschulen geht aber eindeutig hervor, daß die «Unterrichtssprache deutsche (nicht griechisch)» sei.

In Übereinstimmung mit den Vorständen des Verbandes Griechischer Elternvereine und des Vereins Griechischer Erzieher in NRW könnte man sagen, daß die jüngsten «bildungspolitischen» Aktivitäten der Griechisch-Orthodoxen Metropolie mehr Probleme schaffen als lösen.

2.3.7 Sozialer Druck als Folge der bildungspolitischen Front

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß zur Zeit die meisten griechischen Parteien (mit Ausnahme die KKE), die Elternvereine, die Lehrervereine, die meisten Gemeinden und der Verband Griechischer Gemeinden und nicht zuletzt die griechischen Schulbehörden für eine griechischsprachige Ausbildung der griechischen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland plädieren. Welchen enormen Einfluß diese bildungspolitische Front auf die Meinungsbildung der griechischen Eltern hat, ist offensichtlich. Die einzelne Familie ist einem ernstzunehmenden Druck ausgesetzt, der von der Mehrheit der Minorität, die sich für die griechische Schule entschieden hat, ausgeht. Es kommt sogar vor, daß bestimmte Personen, sei es wegen ihrer Eigenschaft oder aber, weil sie sich berufen fühlen für die "Beibehaltung der nationalen Identität" zu garantieren, andere Personen dahingehend zu beeinflussen versuchen, ihre Kinder in die griechische Schule zu schicken. Charakteristisch hierfür ist der Fall eines griechischen Priesters, der einen Lehrer zur Rede stellen wollte, weswegen er seine Kinder in die deutsche Grundschule und nicht in die bereits eingerichtete griechische Volksschule schickte.

Der Lehrer, der sich seiner Entscheidung bewußt war, war auch in der Lage, diese überzeugend zu begründen. Erfahrungsgemäß gibt es eine kleine Gruppe griechischer Eltern, sie in Prozenten auszudrücken ist sehr schwierig, die sich bewußt für die deutsche Schule entscheidet und ihre Entscheidung nach außen zu vertreten vermag. Zu dieser Gruppe zählen, wie einzelne Beobachtungen und empirische Untersuchungen zeigen (s. DAMANAKIS 1982b, S. 737f.), außer den Akademikern, auch Eltern, die eine bessere Ausbildung und einen besseren beruflichen Status als der Durchschnitt der griechischen Arbeitnehmer ausweisen, aus einer Stadt kommen und/oder sich für einen Dauer- bzw. langfristigen Aufenthalt in der Bundesrepublik fest entschlossen haben. Die Angehörigen dieser Gruppe können den sozialen Druck aushalten, sei es, indem sie ihm argumentativ begegnen oder indem sie sich aus dem soziokulturellen Leben der Minorität zurückziehen.

Doch die meisten Eltern unterliegen eines Mittäufereffektes, der im Laufe der Zeit durch die Propagierung und Idealisierung der griechischen Schule zustande gekommen ist. Sie schließen sich der Mehrheit ihrer Landsleute an und verhalten sich damit minoritätskonform.

¹⁰ Diese Gefahr ist real, weil a) im Gegensatz zum MSU der Religionsunterricht ein ordentliches versetzungsrelevantes Fach ist und b) für seine Erteilung die Teilnahme von mindestens 12 Schülern erforderlich ist; d.h. er wird aus organisatorischen Gründen - so wie der MSU - auf den Nachmittag verlegt (s. RdErl v. 28.6.85 sowie das Schreiben des Schulamtes Düsseldorf vom 17.2.1986).

2.4 Strukturelle Faktoren im Herkunftsland

Die Bildungsvorstellungen der Eltern werden aber auch von strukturellen Faktoren, die von dem Herkunftsland ausgehen, entscheidend beeinflusst. Von diesen seien an dieser Stelle genannt: das griechische Schulsystem und die Sondermaßnahmen, die vom griechischen Staat für die griechischen Migrantenkinder ergriffen werden.

2.4.1 Griechisches Schulsystem

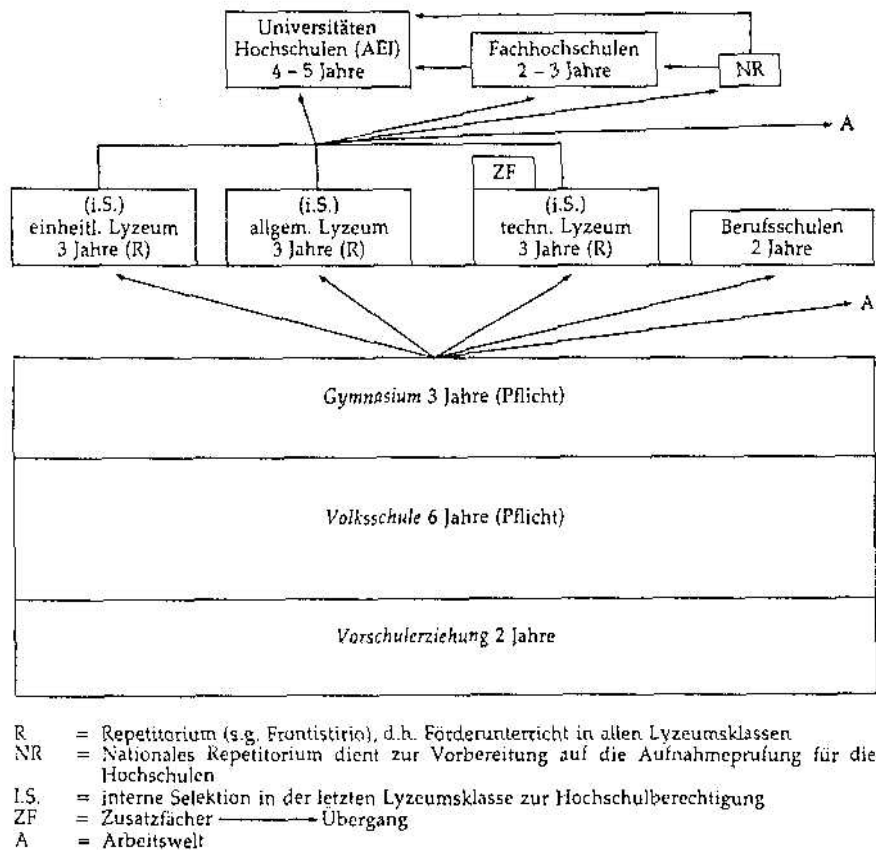
Das deutsche Schulsystem ist zwar den meisten griechischen Eltern nicht zufriedenstellend bekannt, doch seine kritischen Punkte sind von der Mehrheit der Eltern und besonders von den Vereinsfunktionären längst erkannt worden. Schockierend wirkt sich auf die Eltern vor allem die schichtspezifische dreigliedrige Struktur aus, die zu einer sehr frühen und für die griechischen Eltern unverständlichen Selektion führt (s. hierzu 2.2.1).

Verglichen mit dem geschlossenen streng vertikal strukturierten deutschen Schulsystem ist das griechische Schulsystem in seiner heutigen Struktur ein offenes horizontal strukturiertes System, welches von seiner Struktur her den Kindern bis zur gymnasialen Oberstufe hin keine Schranke setzt. Das seit der Reform von 1976¹¹ geltende griechische Schulsystem, auf dessen Hintergrund die griechischen Eltern das deutsche Schulsystem betrachten und erst daran messen, ist in der *Abbildung 1* dargestellt.

Der sechsjährigen Volksschule geht eine zweijährige Vorschulerziehung voraus, die in dem s.g. Nipiagogio (Kindergarten) stattfindet.

Die sechsjährige Volksschule, deren Besuch seit 1929 Pflicht ist, existiert ebenfalls seit 1929 und schließt mit dem sogenannten Volksschulabschluß ab.

Abb. 1: Das griechische Schulsystem



¹¹ Diese Reform wurde in der Zeit von 1981-1985 durch zusätzliche Reformmaßnahmen ergänzt.

Auf die Volksschule baut das dreijährige Gymnasium, dessen Besuch seit der Reform von 1976 ebenfalls Pflicht ist und von daher zwischen den Schulstufen keine Übergangs- bzw. Aufnahmeprüfung abgelegt wird. Das dreijährige Gymnasium schließt mit einem Schulabschluß ab, der zum Besuch der unteren und mittleren Berufsschulen und des Lyzeums berechtigt; d.h. auch hier ist keine Aufnahmeprüfung nötig. Damit endet die Schulpflicht.

Das griechische Berufs Schulsystem ist im Vergleich zu dem differenzierten deutschen Berufs Schulsystem fast primitiv. Es unterscheidet sich aber vom deutschen nicht nur hinsichtlich der Differenziertheit und der Flexibilität, sondern auch darin, daß in Griechenland ein duales Ausbildungssystem unbekannt ist¹². Ein Beruf wird entweder an einer Vollzeitberufsschule erlernt oder an einer Werkstatt direkt angelernt, wobei im zweiten Fall der Auszubildende kein Diplom erhält. Die «weite Ausbildungsmöglichkeit existiert heute noch in Griechenland, da es keine Berufsschulpflicht gibt und weil die Berufsausbildung heute noch mehr oder weniger der Privatinitiative überlassen wird (s. IFZ 1981, S. 342ff. sowie BOUZAKIS 1981).

Der Zugang zu dem dreijährigen Lyzeum ist jedem Absolventen des Gymnasiums frei. Die zur Zeit existierenden zwei Lyzeumsformen sollen in der Zukunft zu einem integrierten und auf viele Fachrichtungen ausgerichteten Lyzeum zusammengefaßt werden. Diese Lyzeumsform (s.g. Enieo Polikladiko Likio) wird seit dem Schuljahr 1984/ 85 in 14 Schulen erprobt.

Das technische Lyzeum bereitet sowohl auf das Berufsleben als auch auf den Besuch von höheren Berufsschulen, technischen Hochschulen (Polytechnikum) und, unter Einbeziehung von Zusatzfächern (ZF) in den Stundenplan, auf die sonstigen Hochschulen und Universitäten vor. Die häufigste Lyzeumsform ist aber zur Zeit das allgemeine Lyzeum; auch die in der Bundesrepublik funktionierenden griechischen Lyzeen sind alle allgemeine Lyzeen.

Mit dem Besuch des Lyzeums setzt sich ein Selektionsprozeß an, da die Note der Zeugnisse aller drei Lyzeumsklassen für die Aufnahme an einer Hochschule relevant sind. Relevant sind auch die Noten in den Wahlfächern (in der 3. Lyzeumsklasse soll jeder Schüler eine von insgesamt fünf Fachrichtungen wählen). Über die Aufnahme in den Hochschulen entscheidet die erreichte Punktzahl, die durch ein kompliziertes Rechenverfahren ermittelt wird (s. DAMANAKIS u.a. 1985, 5. 22).

Es ist noch zu erwähnen, daß diejenigen, die aufgrund ihrer niedrigen Punktzahl keinen Studienplatz bekommen (es sind jedes Jahr mehr als die Hälfte, weil die Aufnahmekapazität der griechischen Universitäten und der Bedarf beschränkt sind), die Möglichkeit haben, die sogenannten nationalen Repititorien (NR) kostenlos zu besuchen, in denen sie auf eine Wiederholung der Prüfung zur Verbesserung ihrer Punktzahl vorbereitet werden.

Entscheidend für die in der Bundesrepublik lebenden griechischen Schüler ist aber, daß sie diesem strengen und nicht ohne weiteres überschaubaren Selektionsverfahren nicht unterzogen werden. Für sie gelten günstige Sondermaßnahmen, die im nächstfolgenden Gliederungspunkt dargestellt werden.

2.4.2 Griechischer Staat

Der griechische Staat hat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre angefangen, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht nur auf eine Realisierung der bildungspolitischen Forderungen der

¹² Das duale System wird ansatzweise an den Berufsschulen des OAED (gr. Arbeitsamt) angewandt.

Eltern (Einrichtung von griechischen Klassen und Schulen in Deutschland), sondern auch auf eine Rückkehr der Migranten und ihrer Kinder abzielen. Rückkehrmaßnahmen sind inzwischen erforderlich, weil einerseits Griechenland, ähnlich wie die Bundesrepublik, demographische Probleme hat, und weil andererseits - wegen der Auswanderung der letzten Jahrzehnte - eine starke Veralterung der Bevölkerung zustande gekommen ist.

Maßnahmen wie Aufnahme der zurückkehrenden Schüler in die Aufnahmeklassen, Aufhebung der Versetzungsrelevanz der Sprachleistungen während der ersten zwei Schuljahre sind zwar wichtig, üben aber keinen Einfluß auf das bildungspolitische Verhalten der griechischen Eltern und die schulischen Erwartungen der Kinder in der Bundesrepublik aus.

Entscheidend ist die Regelung, wonach jedes Jahr 4 % - seit dem Schuljahr 1982/83 sind es 6 % - der Studienplätze in den griechischen Hochschulen für die griechischen Schüler, die im Ausland Abitur machen, reserviert werden. Diese reservierten Studienplätze bestreiten die aus dem Ausland kommenden griechischen Abiturienten unter sich, indem sie bisher eine leichte Aufnahmeprüfung ablegen. Bei diesen Aufnahmeprüfungsverfahren befinden sich die aus der Bundesrepublik kommenden griechischen Abiturienten eindeutig im Vorteil, weil die griechischen Schulen hier wesentlich besser organisiert sind als die sonstigen griechischen Auslandsschulen. Außerdem gibt es in den anderen europäischen Ländern sowie in den Überseeländern nur sehr wenige griechische Schulen.

D.h., diejenigen, die aus dieser Regelung profitieren und eine echte Chance zum Hochschulstudium bekommen, sind die in der Bundesrepublik lebenden griechischen Schüler¹³. Pro Jahr bekommen etwa drei Viertel von ihnen einen Studienplatz an den griechischen Hochschulen. Diese Regelung, die als ein anziehender Leuchtturm am Ende einer zwölfjährigen (drei Jahre Volksschule, drei Jahre Gymnasium und drei Jahre Lyzeum) Schullaufbahn strahlt, im Zusammenhang mit der Erfahrung, daß die hiesige zwölfjährige Schullaufbahn (wegen der im Vergleich zu den Verhältnissen in Griechenland sehr niedrigen Forderungen) leicht zu bewältigen ist, sowie auch die Tatsache, daß das griechische Abitur unter bestimmten Voraussetzungen zum Hochschulstudium auch in deutschen Universitäten berechtigt, lassen das griechische Schulsystem als die einzige und mit einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit verbundene Alternative erscheinen.

Alle bisher genannten Einflußfaktoren mögen die Bildungserwartungen der griechischen Eltern beeinflussen. Der entscheidende Einflußfaktor ist aber diese Hintertür zur Universität. Wenn die griechischen Eltern die Einrichtung von griechischen Schulen in der Bundesrepublik fordern, so hat diese Forderung mit «Nationalismus» gar nichts zu tun. Sie stellt vielmehr ein kaltblütiges Kalkül dar. Der Besuch der griechischen Schulen ist für die Eltern überschaubar und kalkulierbar, der der deutschen Schule dagegen unberechenbar, inwieweit diese Rechnung der griechischen Eltern aufgeht, oder aber mit schwerwiegenden Konsequenzen auf die Ausbildung der Kinder verbunden ist, soll im nächstfolgenden Punkt diskutiert werden,

3. Konsequenzen für Kinder und Staat¹⁴

Nehmen wir den günstigsten Fall an, nämlich: Den Kindern gelingt der Zugang zur Universität. Das ist natürlich gerade für ein Gastarbeiterkind ein enormer Schul erfolg,

¹³ Diese Regelung gilt auch für die griechischen Schüler, die an einem deutschen Gymnasium Abitur machen. Das Problem ist, daß die Griechisch Kenntnisse solcher Schüler zum Bestehen der Aufnahmeprüfung nicht ausreichen, falls sie überhaupt davon Gebrauch machen.

¹⁴ Folgende Darstellungen beschränken sich hauptsächlich auf die tatsächlichen oder möglichen Konsequenzen der segregierenden Beschulungsformen, d.h. der griechischen Klassen oder Schulen, weil diese Beschulungsformen von Jahr zu Jahr an Boden gewinnen.

vorausgesetzt es gelingt ihm, die Universität auch zu absolvieren.

Das niedrige Niveau der in der Bundesrepublik existierenden griechischen Schulen wirft die Frage auf, inwieweit die Absolventen dieser Schulen den universitären Anforderungen entsprechen können. Da zur Zeit diesbezüglich keinerlei Daten vorliegen, ist ein Urteil darüber nicht möglich. Vereinzelt Beobachtungen verhärteten jedoch von Jahr zu Jahr den Verdacht, daß ein erheblicher Teil der Schüler, die über die Prosentregelung in die Universitäten gelangt sind, diese nicht zu absolvieren vermag.

In diesem Zusammenhang soll aber auch hervorgehoben werden, daß ein Hochschulabschluß keine berufliche Laufbahn garantiert. Von der auch in Griechenland existierenden Arbeitslosigkeit sind hauptsächlich Abiturienten und Hochschulabsolventen betroffen. Jugendliche dagegen, die einen technischen Beruf (wie z.B. Elektroinstallateur, KFZ-Mechaniker, Maurer u.a.) erlernt oder gelernt haben, sind kaum arbeitslos.

Die hohe Akademikerarbeitslosigkeit in Griechenland ist den in Deutschland lebenden Griechen zwar nicht bekannt, aber auch, wenn sie bekannt wäre, hätte sie die Bildungsvorstellungen der Eltern wenig beeinflußt. Wir stellen fest, daß die in Griechenland lebenden Griechen vor dieser Akademikerarbeitslosigkeit nicht zurückschrecken. Es gibt nur sehr wenige, die rechtzeitig und gezielt einen handwerklichen Beruf der Akademikerarbeitslosigkeit vorziehen. Ein arbeitsloser Akademiker gilt als eine erfolgreiche Person. Er selbst hat nicht versagt, sondern das System, welches diese Personen beruflich nicht zu integrieren vermag. Der Hochschulabsolvent trägt also keine Schuld und seine Eltern haben allen Grund, darauf stolz zu sein, daß ihre Bildungserwartungen und ihre auf ihr(e) Kind(er) projizierten Erfolgswünsche sich realisiert haben.

Als weniger erfolgreich gelten die Abiturienten, deren berufliche Situation katastrophal ist, weil sie auf dem Arbeitsmarkt mit den Hochschulabsolventen konkurrieren müssen. In den letzten Jahren tendieren die staatlichen und öffentlichen Institutionen dazu, bei Ausschreibungen von Stellen einen bestimmten Prozentsatz der Stellen für Abiturienten und die übrigen für die Hochschulabsolventen auszuschreiben, um eventuell den ersteren eine Chance zu geben. Einen Eindruck über den unerbittlichen Konkurrenzkampf der genannten zwei Gruppen vermitteln folgende Zahlen: 1976 haben sich um 150 Plätze beim Fernmeldewesen (OTE) 10000 Personen beworben (66 Bewerber pro Platz), 1977 waren es ebenfalls für 150 Plätze 21000 Bewerber (d. h. 140 Bewerber pro Platz) (s. KASSOTAKIS 1979, S. 307). 1984 haben sich um 80 Plätze in der «Bank von Griechenland» 13 000 beworben; davon sind 4200 bei der Selektionsprüfung erschienen. Von den 663, die in die engere Auswahl gekommen sind, sollten schließlich durch ein weiteres «Selektionsverfahren» die achtzig ausgewählt werden (Tageszeitung TA NEA vom 16.5.1984).

Hervorzuheben ist, daß die arbeitslosen Abiturienten und Hochschulabsolventen in der Regel von Bauern-, Arbeiter- und Handwerkerfamilien stammen. Die aus den privilegierten gesellschaftlichen Gruppen kommenden Absolventen haben dagegen einen leichten Zugang zum Arbeitsmarkt (s. über die schichtspezifischen Bildungs- und Berufschancen in Griechenland; DRAKOFOULOS 1986, DRETTAKIS 1977, MYLONAS 1982, TZANI 1983, FRAGOUDAKI 1985). Das griechische Schulsystem mag von seiner Struktur her liberal und offen sein und den griechischen Migrantenkindern zusätzliche Chancen einräumen; das Gesellschaftssystem verfügt aber über Filtermechanismen, durch welche hauptsächlich die Nachkommenschaft der privilegierten Gruppen passieren darf. Von diesen Filtermechanismen sind die griechischen Gastarbeiterkinder genauso betroffen wie die in Griechenland lebenden Bauern- und Arbeiterkinder.

Die dargestellte Problematik liegt aber außerhalb des Verantwortungsbereichs der Schule (Primär- und Sekundarbereich) und ist daher kein Diskussionsgegenstand zwischen Lehrern

und Eltern. Was zwischen griechischen Lehrern, Behörden und Eltern in der Bundesrepublik diskutiert wird, sind die Möglichkeiten zur Erreichung des Abiturs und zum Zugang in die Hochschulen mittels der oben erwähnten prozentualen Regelung.

Diese einseitige akademische Orientierung, dieses «Akademikersyndrom» hat zur Folge, daß für jene Schüler, die den Gipfel der Pyramide nicht erreichen, keine Alternativmöglichkeiten geschaffen werden. Das angebliche Problem der griechischen Schulen in der Bundesrepublik liegt darin, daß sie den Schülern, die unterwegs stecken bleiben, keinen Ausweg anbieten.

Zur Zeit liegen keinerlei Daten darüber vor, wieviel Prozent eines Jahrgangs das Abitur machen und Zugang zu den Universitäten finden, und wie viele auf der Strecke bleiben. In Griechenland selbst sieht es folgendermaßen aus: Von 100 Schulanfängern des Schuljahres 1967/68 absolvierten 96 die Volksschule, 66 besuchten das Gymnasium, 57 absolvierten die 3. Klasse des Gymnasiums, 54 besuchten das Lyzeum, 44 absolvierten im Schuljahr 1978/79 das Lyzeum und ca. 12 bekamen einen Studienplatz in den Universitäten (PYRGIOTAKIS 1984, S. 150).

In Deutschland liegen die Prozentsätze sicherlich höher, da - wie mehrmals betont- die Anforderungen der hiesigen Schulen wesentlich niedriger sind und die Prozentregelung den Zugang zu der Universität erleichtert. Trotzdem macht die Gruppe jener, die während der Schullaufbahn aussteigen, die Mehrheit der Schüler aus, Über diese Schulergruppe liegen zur Zeit keine Daten vor. Die Verfechter der «Nationalschulen» (s. KANAVAKIS 1982, S. 36) demonstrieren mit Stolz die Zahlen der Abiturienten und Studenten und verschweigen geschickt jene der Aussteiger. Trotz der mangelhaften Information über die Berufssituation dieser Schüler kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß auch, wenn sie mit einem Schulabschluß die Schule verlassen, in der Bundesrepublik keine Berufschancen haben. Nach einer Untersuchung in Bayern, wo ein fast autonomes griechisches Schulsystem von der ersten Volksschul-klasse bis zur Abiturklasse seit mehr als einem Jahrzehnt existiert, liegt der Prozentsatz griechischer Jugendlicher ohne Schulabschluß mit 25% wesentlich unter dem Durchschnitt von 47% (s. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung 1980, Tabelle 16). Sie schneiden nach den Jugoslawen am besten ab¹⁵, bekommen jedoch keinesfalls entsprechend mehr Lehrstellen als die anderen ausländischen Jugendlichen. Mit 74,7% liegen sie nur leicht unter dem Durchschnitt von 81,2% der Jugendlichen ohne Lehrstelle (ebenda 21)¹⁶.

Bedenkt man weiterhin, daß 70,8% der griechischen Jugendlichen-gegenüber 50% der Italiener, 18,2% der Jugoslawen, 42,9% der Spanier und 48,3% der Türken - angeben, nicht den gewünschten Beruf zu erlernen, so liegt die Annahme nahe, daß diese Berufsunzufriedenheit die Umorientierung von einem Hochschulstudium, was der Wunsch der Familie ist, zu einer Berufsausbildung der Grund sei (ebenda Tabelle 23).

Die Tatsache, daß griechische Jugendliche trotz Schulabschluß keine Lehrstelle bekommen, ist vor allem auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsbildungsbereich zurückzuführen. In diesem Zusammenhang wird allerdings immer häufiger die Befürchtung geäußert, daß die in Nationalklassen erworbenen Abschlüsse-wie z.B. in Bayern -offiziell zwar als gleichwertig mit den deutschen gelten, in Wirklichkeit jedoch die Arbeitgeber sie anders bewerten und Jugendliche mit solchen Abschlüssen nicht aufnehmen (s. BOOS-NÜNNING 1981a S. 51).

In anderen Bundesländern wie z.B. Nordrhein-Westfalen dürfte die berufliche Situation der

¹⁵ 48,1 % der Italiener, 50% der Spanier, 58,8% der Türken und 28,8% der Jugoslawen haben keinen Schulabschluß.

¹⁶ 85,4% der Türken, 85,8% der Italiener, 71,4% der Jugoslawen und 60% der Spanier hatten keine Lehrstelle.

Absolventen der griechischen Schulen schlimmer sein, weil dort die in den griechischen Ergänzungsschulen erworbenen Schulabschlüsse nicht anerkannt werden.

Von den griechischen Schulen in der Bundesrepublik profitiert daher nur die "Schülerelite", die aufgrund ihrer Leistungen - nicht ihrer sozialen Herkunft - den Sprung auf die Universität schafft. Diese «Schülerelite» wäre aber auch in den deutschen Regelklassen erfolgreich, für sie ist daher die Einrichtung von griechischen Schulen nicht nötig.

In ihrer jetzigen Form stellen die griechischen Schulen in der Bundesrepublik eine "Einbahnstraße» dar und weisen eine unflexible monolithische Struktur auf, die durch die Alles-oder-Nichts-Haltung der Elternmehrheit zementiert wird.

Bisher wurden nur die Qualifikationsfunktionen der griechischen Klassen und Schulen und ihre tatsächlichen oder möglichen lernmäßigen Auswirkungen auf die Kinder diskutiert. Die Schule-gerade die griechische Schule-weist aber auch eine erzieherische Funktion auf. Die aus Griechenland kommenden und für eine begrenzte Dauer von höchstens fünf Jahren unterrichtenden griechischen Lehrer erziehen bewußt oder unbewußt nach den in Griechenland geltenden Normen und Werten. Die Ableitung und Legitimierung der griechischen Schulen aus dem Rückkehrgedanken im Zusammenhang mit der Rotation des Lehrpersonals und dem Einsatz derselben Unterrichtsmedien wie in Griechenland, verleiht ihnen einen konservierenden Charakter. Sie stellen eine Insel dar, in der die «Aufbewahrung» der Herkunftskultur die Priorität genießt. Den Schülern wird nicht geholfen, eine ihren soziokulturellen Lebensverhältnissen angemessene Identität aufzubauen; ihnen wird vielmehr eine solche vermittelt.

Es ist daher anzunehmen, daß die Isolierung der Schüler aus ihrer natürlichen soziokulturellen Umwelt und ihre Sozialisierung auf ein fiktives Leben (im Herkunftsland) ernsthafte Auswirkungen auf ihre Persönlichkeitsentwicklung haben. Wenn wir den Untersuchungsergebnissen von SCHWARZER und ARZOZ (1980, S. 877ff.) glauben und diese für spanische Schüler geltenden Ergebnisse auf griechische übertragen, so dürfen die Schüler die griechischen Schulen bzw. Klassen besuchen, im Vergleich zu jenen, die in deutschen Regelklassen integriert sind, über ein stärkeres Gefühl der «Hilflosigkeit» verfügen und darüber hinaus mehr «Schulunlust» zeigen (s. auch BOOS-NÜNNING 1979).

Es ist also nicht auszuschließen, daß der schulische Erfolg, zu dem die griechischen Schulen einem Teil der Schüler verhelfen, mit Persönlichkeitsstörungen einhergeht, und zwar für jene Schüler, die trotz des Besuchs der segregierten griechischen Ergänzungsschulen keinen schulischen und beruflichen Erfolg haben. Dieser Argumentation konnte man entgegenhalten, daß auch in den deutschen Regelklassen - ja gerade in diesen Klassen, in denen die meisten Ausländerkinder ständig schulische Mißerfolge und Diskriminierungen erleben - die Gefahr der Persönlichkeitsstörungen gegeben sei. Die wenigen vorliegenden psychologischen Untersuchungen belegen tatsächlich die Existenz derartiger Störungen (s. hierzu BAYER/GÄRTNER-HARNACH u.a. 1975; BOOS-NÜNNING, in BOOS-NÜNNING/HOHMANN/REICH 1976, S. 110ff.; HURST 1973).

In den deutschen Regelklassen sind also zwei Gefahren gegeben: der schulische Mißerfolg und die Persönlichkeitsstörung; und weil es so ist, ziehen die griechischen Eltern die griechischen Klassen und Schulen vor, die mehr Erfolgchancen versprechen.

Wie unter Gliederungspunkt 2.2.1 betont wurde, ist für die Einrichtung von griechischen segregierten Schulen nicht nur die griechische, sondern auch die deutsche Seite verantwortlich. Die Existenz dieser Schulen dokumentiert die Unfähigkeit des deutschen Schulsystems, das Ausbildungsproblem der Ausländerkinder zu lösen.

Die deutsche Seite scheint seit Anfang der achtziger Jahre solche Schulen nicht nur zu dulden, sondern stillschweigend willkommen zu heißen, und zwar aus folgenden

Gründen:

- Durch die Einrichtung solcher Schulen wird sie von der pädagogischen Verantwortung den griechischen Schulkindern gegenüber entlastet - die volle Verantwortung trägt nämlich der griechische Staat.
- Vor allem in den Ballungsgebieten (solche Schulen gibt es nur in solchen Gebieten) werden die deutschen Regelklassen stark entlastet. Nicht zu unterschätzen ist auch die Entlastung der Berufsschulen (s. hierzu auch BOOS-NÜNNING 1981, S. 51ff.).
- Die Einrichtung solcher Schulen befreit die deutsche Seite von ihren finanziellen Pflichten. Diese Schulen stellen sogar eine Finanzquelle dar, weil der griechische Staat für die Schulräume Miete zahlt¹⁷. Darüber hinaus werden zur Finanzierung der schulischen Ausrüstung und der Gehälter des Lehrpersonals jährlich Devisen in der Höhe von ca. 25 Mio. DM in die Bundesrepublik eingeführt¹⁸. Diese hohen Finanzierungsbeträge machen deutlich, daß das Argument (s. ZOGRAFOU in: b:e März 1983, S. 55 f.), die Bildungs- und überhaupt die Migrationspolitik der griechischen Regierung bringe «für das Vaterland finanzielle Vorteile mit sich» und daß das "alleinige Kriterium die Devisensicherung" (d.h. die Überweisung von Devisen seitens der Migranten nach Griechenland) sei, unzutreffend ist.

Neben der Mehrheit der Kinder ist also auch der griechische Staat ein Verlierer, der, um seine Bürger nicht im Stich zu lassen, enorme finanzielle Opfer bringt.

Andererseits läuft der griechische Staat die Gefahr, durch die Einrichtung solcher Schulen bei den Migranteneltern und -kindern Erwartungen aufzuwecken, die er auf die Dauer nicht zu erfüllen vermag, wobei er dann von Eltern und Kindern zur Rechenschaft gezogen werden wird. Die ständig zunehmende Zahl der Schüler, die in Deutschland Abitur machen, erfordert eine Erhöhung des Prozentsatzes der reservierten Studienplätze in griechischen Hochschulen. Wie bereits erwähnt, ist dieser Prozentsatz im Schuljahr 1982/83 von vier auf sechs Prozent erhöht worden. Gerade hier steckt aber ein potentieller Konflikt, sei es, weil die in Griechenland lebenden Eltern¹⁹ protestieren könnten oder aber die in Deutschland lebenden, falls zwischen der Zahl der reservierten Plätze und der Zahl der Bewerber eine hohe Diskrepanz zustande kommen würde.

¹⁷ Als Beispiel sei das griechische Lyzeum in München genannt. Dort werden für die Schulräume pro Jahr 300.000 DM Miete gezahlt (s. Tageszeitung ELEFTHEROTYPIA vom 5.5.83). Dies ist ein Beispiel von Ausbeutung einer Peripherienation von einer politisch und wirtschaftlich starken Zentralnation

¹⁸ Die bildungspolitische Taktik des deutschen Staates stellt ein Problem für sich dar, worauf an dieser Stelle mehr eingegangen werden kann. Es wird lediglich angemerkt, daß diese Bildungspolitik sich zum Bumerang entwickeln kann.

¹⁹ In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die «einheimischen» Studenten den aus dem Ausland kommenden griechischen Studenten vorwerfen, sie nahmen ihnen die Studienplätze weg.

4. Literatur

- ADRIOPOULOS, Sotirios: Zur Situation der ausländischen Familie in Deutschland am Beispiel der griechischen Familie, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 3/73, S. 190 -216.
- BAYER, W./GÄRTNER-HARN ACH, V. u.a. 1975. Psychologische Untersuchung der Schulsituation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer (hekt. Manuskript), Mannheim.
- BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG 1980: Ausländische Jugendliche in bayerischen Großstädten, Ergebnisse einer Umfrage in Augsburg, München und Nürnberg.
- BOOS-NÜNNING, Ursula/HOHMANN, Manfred/REICH, Hans-H. 1976: Integration ausländischer Arbeitnehmer. Schulbildung ausländischer Kinder. Hrsg: Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn.
- BOOS-NÜNNING, Ursula 1979: Zur sozialpsychologischen Situation griechischer Schüler, in: Materialien zur Fortbildung griechischer Lehrer, Publikation ALFA, Neuss.
- BOOS-NÜNNING, Ursula 1981: Schulmodelle für ethnische Minderheiten, drei Bundesländer im Vergleich (= Berichte und Materialien der Forschungsgruppe ALFRA) Essen/Landau.
- BOOS-NÜNNING, Ursula 1981a: Muttersprachige Klassen für ausländische Kinder: Eine kritische Diskussion des bayerischen «offenen Modells», in: Deutsch lernen, H. 2/1981, S. 40-70.
- BOUZAKIS, Joseph 1981: Berufsschulwesen und Entwicklungspolitik am Beispiel Griechenlands. Frankfurt.
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (bibb) 1980: Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland, Berichte zur beruflichen Bildung. Verfasser U. Hecker und D. Schmidt-Hackenberg Berlin.
- DAMANAKIS, Michael 1978: Sozialisationsprobleme der griechischen Gastarbeiterkinder in den Grund- und Hauptschulen des Bundeslandes Nordrhein -Westfalen. Kastellaun.
- DAMANAKIS, Michael/REICH, Hans-H. (Hrsg) 1982: Die Landauer Ringvorlesung Ausländerunterricht: Schulrechtliche, bildungspolitische und unterrichtsorganisatorische Beiträge (= Berichte und Materialien der Forschungsgruppe ALFA, Nr. 13) Essen/Landau.
- DAMANAKIS, Michael 1982 a: Ausbildungsprobleme junger Griechen in Deutschland, in: Ruhloff, J. (Hrsg.)- Aufwachsen im fremden Land. Probleme und Perspektiven der «Ausländerpädagogik», Frankfurt.
- DAMANAKIS, Michael 1982b: Deutsche Regelklassen versus Nationalklassen, in: Pädagogische Rundschau, H. 6/1982, S. 737-745.
- DAMANAKIS, Michael 1982c: Aus ausländischen Pendelkindern Neu-Deutsche machen, in: Lernen in Deutschland, 8/1982 S. 6-16.
- DAMANAKIS, Michael 1984: Ausländische Schüler in Streugebieten, in: Deutsch lernen, 1/1984, S. 47-59.
- DAMANAKIS, M./KUHS, K./WAGNER, E.: Herkunftsland Griechenland, Tübingen 1985.
- DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.) 1981: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik

- Deutschland - Repräsentativuntersuchung 1980 - Forschungsbericht Nr. 50, Bonn.
- DRAKOPOULOS, B: Ungleichheit in den Bildungschancen, in: Epistimoniki Skepsi, 26/86 (S. 51-61) (griechisch).
- DRETTAKIS, Manolis 1979: Die Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen (griechisch), Athen.
- DRETTAKIS, Manolis 1977: Die Fakultäten der Sozial-, Wirtschafts- und politischen Wissenschaften an der griechischen Hochschulausbildung (griechisch), Athen.
- FRAGOUDAKI, Anna 1985: Bildungssoziologie, Theorien über die soziale Ungleichheit in der Schule (griechisch), Athen
- GECK, H. M. 1979: Die griechische Arbeitsmigration, Königstein/Ts
- GERSTENMAIER, J./HAMBURGER, F. 1974: Bildungswünsche ausländischer Arbeiterkinder. Ergebnisse einer Befragung von Eltern und Kindern, in: Soziale Welt, 25. Jahrg., 3/1974.
- HARBACH, Heinz 1976: Internationale Schichtung und Arbeitsmigration, Hamburg.
- HARDER, Elisabeth 1980: Rückkehr oder Verbleib. Eine Befragung griechischer Arbeiter in Nordrhein-Westfalen, St. Augustin.
- HOTAMANIDIS, Stefanos 1974: Sozialpädagogische Probleme griechischer Gastarbeiterfamilien in der Bundesrepublik Deutschland, Diss., Kiel.
- HURST, Margret 1973: Integration und Entfremdung. Ich- und Identitätsentwicklung des Gastarbeiters, in: b:e, 6/1973, S. 35-38.
- INSTITUT FÜR ZUKUNFTSFORSCHUNG (IFZ) 1981: Ausländer oder Deutsche. Integrationsprobleme griechischer, jugoslawischer und türkischer Bevölkerungsgruppen, Köln.
- KANAVAKIS, Michael 1982: Die Einstellung griechischer Eltern zum bayerischen Beschulungsmodell, in: Damanakis/Reich (Hrsg.) Die Landauer Ringvorlesung: Ausländerunterricht: Schulrechtliche, bildungspolitische und unterrichtsorganisatorische Beiträge (=Berichte und Materialien der Forschungsgruppe ALFA, Nr. 13), Essen/Landau.
- KARAJANNIDIS, Dimitrios 1982: Leitlinien der griechischen Botschaft in: Damanakis/Reich (Hrsg.): Die Landauer Ringvorlesung: Ausländerunterricht: Schulrechtliche, bildungspolitische und schulorganisatorische Beiträge- Bericht.; und Materialien der Forschungsgruppe ALFA, Nr. 13), Essen/Landau.
- KASSOTAKIS, Michail 1979: Das Problem der Schul- und Berufsberatung in Griechenland, in: Schule und Leben 9/1979, S. 305-314 (griechisch).
- KATSAKAKIS, Anastassios 1985: Migration und Kirche. Kritische Betrachtung der sozialen, politischen und kulturellen Funktion der Griechisch-Orthodoxen Kirche von Deutschland, in: Vereinigung Griechischer Wissenschaftler in West Europa- Die griechische Diaspora in West Europa (griechisch), Athen
- KATSOULIS, Ilias 1978: Griechenland, in: Raschke, J. (Hrsg.). Die politischen Parteien in Westeuropa, Hamburg
- LIGOURAS, Sissis 1981: Familien zwischen zwei Kulturen. Eine Untersuchung zum soziakulturellen Wandel griechischer Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt.
- LUETKENS, Christian 1981: Die unglückliche Rückkehr, Frankfurt.
- MARKOU, Georgios, 1981: Selbstkonzept, Schulerfolg und Integration griechischer Schüler in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt.
- MOUSTAKA, K./KASIMATI, K. 1984: Die Problematik der empirischen Forschung. Zwei

- Anwendungen mit Zentralpunkt «Das Kind», (griechisch) Athen,
- MYLONAS, Theodoros 1962: Die Reproduktion der gesellschaftlichen Klassen durch die Schulmechanismen (griechisch) Athen
- NIKOLINAKOS, Marios 1973: Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus, Hamburg.
- PANAJOTIDIS, Gregorius 1980: Nationalschulen oder Integration, in: b:e, 6/1960, S 51-55.
- PROWLIMATISMI: Herausgeber Verein Griechischer Erzieher in NRW, 1/83, 2/83 und 1/84 (griechisch).
- PYRGIOTAKIS, Ioannis 1984: Sozialisation und Bildungsungleichheiten (griechisch) Athen.
- REGIERUNGSPRÄSIDENT KÖLN (Hrsg.) 1974: Ausländische Schüler und Lehrer in der Stadt Köln, Schriftenreihe Nr. 13, Köln.
- SAKKATOS, Evangelos 1982: Der 8. ordentliche Kongreß des Verbandes griechischer Gemeinden in der BRD und West-Berlin und seine unordentliche Durchführung, in: ISS 2/82 (Thema: Griechenland - seine Emigranten).
- SAVVIDIS, Georgios 1975: Zum Problem der Gastarbeiterkinder in der Bundesrepublik Deutschland, Wien/München.
- SCHWARZER, R./ARZOZ, J. 1980. Die psychosoziale Verfassung von Ausländerkindern in integrierten und nationalen Schulen, in: Zeitschrift für Pädagogik 6/1980, S. 877-893.
- SÜDOSTEUROPA-HANDBUCH, 1980: Band III Griechenland, Herausgeber Klaus-Detlev Grothusen, Göttingen.
- tip (Themen-Impulse-Projekte) 1980: Information für Arbeit mit ausländischen Arbeitnehmern, (Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung) Sonderheft.
- TSIAKALOS, Georgios 1979: Aspekte der Beschulungsmodelle für griechische Kinder in der Bundesrepublik, in: hellinika, Jahrbuch.
- TSIAKALOS, Georgios 1983: Ausländerfeindlichkeit, München.
- TZANI, Maria 1983: Schulerfolg: Eine Frage der klassenspezifischen Herkunft und Kultur (griechisch), Athen.
- VARVITSIOTIS, Ioannis o.J.: Minister für Erziehung und religiöse Angelegenheiten, Athen, GR: Die Ausbildung der griechischen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland allgemein und in Nordrhein-Westfalen speziell. Probleme - Forderungen - Perspektiven, in: Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen, Protokoll Nr. 448, S. 72-83.
- WILPERT, Czarina 1980: Die Zukunft der zweiten Generation Erwartungen und Verhaltensmöglichkeiten ausländischer Kinder, Königstein/Ts.
- ZOGRAFOU, Andreas 1982: Zwischen zwei Kulturen. Griechische Kinder in der Bundesrepublik, ISS Materialien 19, Frankfurt
- ZOGRAFOU, Andreas 1983: Griechische Nationalklassen. Der direkte Weg ins Abseits, in: b.e März 1983, S. 50-56.